

Göttingen für Demokratie und Toleranz

Über die Ausstellung
„Demokratie stärken und Rechtsextremismus bekämpfen“
und die Aktivitäten im Projekt
„Göttinger Schülerinnen und Schüler für Demokratie und Toleranz“

im Sommer 2012

Handreichung zur weiteren Arbeit





rote
Karte
gegen
Rechts



Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Oberbürgermeisters	4
Einleitung	6
Zur Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“	9
Zu den Erscheinungsformen von Diskriminierung und Rassismus	13
Fragen Jugendlicher zu den Themen Demokratie und Rechtsextremismus	17
Was heißt hier eigentlich Demokratie?	
Wo begegnet Kindern und Jugendlichen Demokratie?	
Wo habe ich denn mit rechten Parolen und Rechtsextremismus zu tun?	
Veranstaltungen für Göttinger Schulen	25
Die Arbeit mit „Scouts“	29
Daten zur Ausstellung	33
Veranstaltungen im Rahmenprogramm	34
Kooperationspartner/innen und Unterstützer/innen	37
Auszüge aus der Presse	39
Zielgruppe Jugend – Wie ködern Rechtsextreme Jugendliche?	41
Interview mit Oliver Sauer	
Gender und Rechtsextremismus	51
Fazit und Ausblick	55
Serviceteil	
Beschluss des Beirats der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	57
Literatur	61
Weiterführende Internetadressen, Programme und Kampagnen im Netz	66
Ansprechpartner/innen in der Stadt Göttingen	69
Impressum	71

„Damit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keine Chance haben, ist es notwendig, rechtsextremistische Meinungen und Aktivitäten auf allen Ebenen zu bekämpfen und Toleranz und Demokratie zu stärken. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der die Städte aktiv mitwirken.“

Helmut Himmelsbach, Oberbürgermeister von Heilbronn

Das vorgenannte Zitat wurde vom stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Städtetages in einer aktuellen Präsidiumssitzung formuliert, in dem sich die deutschen Städte zu ihrer Verantwortung bekannt haben, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sowie Islamfeindlichkeit vorzugehen.

Die deutschen Städte engagieren sich hier seit Jahren, mehr oder weniger sichtbar. Das Engagement hängt nicht zuletzt davon ab, in welcher Form extremistische Aktivitäten in Erscheinung treten, z.B. in Veranstaltungen, Demonstrationen, Musikangeboten, in der Ausübung politischer Mandate oder dem Erwerb von Räumlichkeiten durch bestimmte Gruppierungen.

Es gibt verschiedene Ausdrucksformen und Ausprägungen rechtsextremistischer Phänomene. Diese können von fremdenfeindlichen Äußerungen gegenüber einzelnen Personen bis zu politisch motivierten Gewalttaten reichen. Die Aufsehen erregenden Morde der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ sind bis heute in der Presse präsent und wirken nach.

Gemeinsames Anliegen in den Kommunen ist die Unterstützung und das Engagement für Toleranz und Demokratie. Dieses kann durch verschiedene Aktivitäten, eigene Projekte oder die Unterstützung von lokalen Aktivitäten erfolgen.

In der Stadt Göttingen engagieren sich viele Träger und Einrichtungen zu dem Themenbereich. Das ist gut und wichtig. Es gibt u.a. Vorträge und Fortbildungen, Informationsveranstaltungen, Wettbewerbe und Aktionen, die in der Regel präventiv ausgerichtet sind.

Das Anliegen aufzuklären und zu sensibilisieren, verfolgte auch die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“, welche das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Büro für Integration im Sommer 2012 im Rathaus präsentiert hat.

Dabei ging es vordergründig darum, die Gefahren aufzuzeigen, die vom Rechts-
extremismus als Bedrohung für Demokratie und Menschenwürde ausgehen. Denn
es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass aus Sprüchen und Stammtischparolen
handfeste rassistische Vorurteile erwachsen können, die sich auch gegen einen
Teil unserer Stadtgesellschaft richten, die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migra-
tionshintergrund.

Von daher war es kein Zufall, dass gerade das Büro für Integration dieses wichtige
Thema aufgegriffen hat. So sind in unserem kommunalen Integrationskonzept,
welches der Rat der Stadt Göttingen bereits 2009 einstimmig beschlossen hat,
sieben übergeordnete und richtungsweisende Leitziele formuliert. Das erste lautet:
„Die Stadt Göttingen setzt sich wirkungsvoll gegen Rassismus, Diskriminierung
und Fremdenfeindlichkeit ein.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ich danke allen Kooperationspartnern vor Ort für die Zusammenarbeit zu diesem
wichtigen Thema.

Wolfgang Meyer
Oberbürgermeister der Stadt Göttingen

Einleitung

In unserer Gesellschaft gibt es einerseits eine zunehmende Akzeptanz der kulturellen Vielfalt infolge von Zuwanderung, andererseits sind aber auch immer wieder fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen festzustellen.

Die Themen Integration und Förderung des interkulturellen und interreligiösen Austausches haben in einer weltoffenen und durch die Hochschulen geprägten Stadt wie Göttingen einen besonderen Stellenwert. Dabei muss die Diskussion zu diesen Themen kontinuierlich geführt und darf die Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus, Diskriminierung, Vorurteilen und in der Zuspitzung Rechtsextremismus nicht gescheut werden.

Die Präsentation der Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ im Foyer des Neuen Rathauses in der Zeit vom 29. Juni bis 20. Juli 2012 und das dazu gehörige Rahmenprogramm waren ein Beitrag, um die Thematik aufzugreifen und die Diskussion anzuregen. Da sich das Programm vor allem an Schulen und Jugendliche richtete, wurde Präventionsarbeit in zwei wichtigen Bereichen geleistet, wie es auch im Flyer zur Ausstellung beschrieben ist:

„Demokratie ist eine Aufgabe – keine Selbstverständlichkeit. Die beste präventive Strategie gegen Rechtsextremismus ist die Stärkung der Demokratie. Denn auch wenn es manchmal so scheint: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit! Sie muss fortwährend neu gelernt und erarbeitet werden.“

Mit der Ausstellung wollte die Stadt Göttingen zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu demokratischem Engagement und Zivilcourage ermutigen und gegen demokratiefeindliche Einstellungsmuster und daraus resultierende Verhaltensweisen in der Gesellschaft eintreten.

Anhand der Ausstellung und mit dieser Broschüre wird beispielhaft beschrieben, wie das Thema in einem größeren Zusammenhang behandelt werden kann. Die Broschüre selbst ist gewissermaßen **die Fortsetzung der Ausstellung mit anderen Mitteln** und dient einem doppelten Zweck. Sie ist zum einen Dokumentation der Aktivitäten im vergangenen Sommer, der Ausstellung und der Veranstaltungen im Rahmenprogramm. Zum anderen ist sie eine Reflexion der gemachten Erfahrungen und eine Anregung für die individuelle Auseinandersetzung und weitere Beschäftigung mit den genannten Themen.

Die dokumentarischen Abschnitte befassen sich mit der Ausstellung und dem Rahmenprogramm sowie den Veranstaltungen an Schulen. Daran anknüpfend wird beschrieben, wie die Diskussion zu den Themen Demokratie und Rechtsextremismus geführt werden kann, wozu durch ein Interview mit dem Fachreferenten Oliver Sauer und die Darstellung des Themas Gender und Rechtsextremismus ein ausführlicher Beitrag geleistet wird.

Für die weitere Beschäftigung mit den Themen gibt es einen Serviceteil mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis, das u.a. eine Zusammenstellung der Stadtbibliothek und weitere Titel enthält. Daneben werden verschiedene Internet-Adressen sowie Anlaufstellen in der Stadt Göttingen genannt, bei denen Jugendliche und Erwachsene Ansprechpartner finden, wenn sie mit Rechtsextremismus, mit Alltagsrassismus und Vorurteilen konfrontiert sind.

Diese Broschüre richtet sich an Schulen, an Schülerinnen und Schüler, Jugendliche und Erwachsene, an pädagogisch Tätige und politisch Interessierte – oder die, die beides sind! Diesen Gruppen wollen wir mit der Broschüre etwas Nützliches und Weiterführendes an die Hand geben, um fremdenfeindlichen Tendenzen und rechtsextremistischen Aktivitäten entschieden entgegenzutreten.

Die Arbeiten zur Ausstellung und Erstellung dieser Broschüre wurden gefördert über die Richtlinie „Demokratie und Toleranz“ des Landes Niedersachsen.

Renate Kornhardt

Büro für Integration der Stadt Göttingen

Wolfgang Muhs

*Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V. (ibbw),
Göttingen*

Göttingen im Juni 2013



Zur Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“

Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ ist eine Ausstellung des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Auf insgesamt 14 Tafeln werden die beiden Themenschwerpunkte auf vielfältige Weise behandelt. In der Darstellung steht jeweils ein Tisch im Mittelpunkt, auf den man von oben blickt und auf dem die verschiedenen Materialien und Informationen „ausgelegt“ sind.

Diese sind Fotos, Zeitungsausschnitte, Mitgliedsbücher von Parteien oder auch das Grundgesetz, ergänzt durch kurze Texte oder Zitate, um die Materialien zu erklären. Damit werden auf den ersten Tafeln die Grundlagen und Prinzipien der Demokratie anschaulich dargestellt.

Mit der Tafel 4 wird übergeleitet zu den Gefahren für die Demokratie, symbolisiert durch das Grundgesetz, welches von einem braunen Band eingeschnürt ist. Anschließend wird das rechtsextreme Weltbild mit seinen Bestandteilen, z.B. Antisemitismus, erläutert und beschrieben, wie hoch die Zustimmung für verschiedene Aspekte in Teilen der Bevölkerung ist. Weiter geht es mit dem Zusammenhang von Einstellungen und Verhalten, angefangen von Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien bis hin zu Straftaten. Ganz konkret wird das durch eine Karte von Niedersachsen. Darauf sind Aktivitäten rechter Gruppen verzeichnet, ergänzt durch eine Auflistung von Straftaten mit Datum und Ort und versinnbildlicht durch einen Baseballschläger im Hintergrund.

Auf den daran anschließenden Tafeln wird auf die Strategien rechtsgerichteter Parteien eingegangen und beschrieben, wie sie versuchen, unauffällig in die Mitte der Gesellschaft hinein zu wirken.

Die folgenden Tafeln richten sich im Besonderen an Jugendliche. Gezeigt wird, welche konkreten rechten Gruppen es sind, die gezielt Jugendliche rekrutieren wollen, und in welcher Form sie das durch Musik, Internet und Lifestyle erreichen wollen. Auch die besondere Rolle von Frauen in der rechten Szene wird thematisiert.



Mit der Tafel 12 wird auf typische Stammtischparolen eingegangen und dargestellt, wie man darauf reagieren und dagegen argumentieren sollte.

Die abschließenden beiden Tafeln zeigen Möglichkeiten auf, wie man sich für die Demokratie einsetzen und gegen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen handeln kann und wo es Unterstützung gibt.

Themen der einzelnen Tafeln zur Übersicht

- 1 Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen
- 2 Warum eigentlich Demokratie?
- 3 Demokratie gemeinsam erleben
- 4 Gefahren für die Demokratie
- 5 Rechtsextremes Weltbild
- 6 Einstellungen und Verhalten
- 7 Rechte Aktivitäten in Niedersachsen
- 8 Rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien
- 9 Vom Rand zur Mitte
- 10 Rechtsextreme Jugendszene
- 11 Erlebnisswelt Rechtsextremismus
- 12 Was tun bei Stammtischparolen?
- 13 Was tun?
- 14 Was tun!

Informationen über die Ausstellung:

www.fes.de/niedersachsen/gegen-rechts

Download der Broschüre „Rechtsextremismus? Nicht mit mir!“



Rechtsextremismus? Nicht mit mir!
Grundwissen und Handwerkszeug für
Demokratie in Norddeutschland

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Engelshardt
zur Ausstellung
„Demokratie stärken –
Rechtsextremismus
begegnen“





Zu den Erscheinungsformen von Diskriminierung und Rassismus

Vielfältige Erscheinungsformen ethnischer und religiöser Diskriminierung lassen sich immer wieder in Alltagssituationen und in unterschiedlichen Ausprägungen feststellen. Dieses können z.B. erschwerte Zugänge bei der Arbeitssuche allein aufgrund eines fremd klingenden Namens sein. Bekannt sind ebenso Probleme bei Familien, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft nur schwer eine Wohnung auf dem Wohnungsmarkt finden. Dabei werden häufig, z.B. bei der Wohnungsvergabe, die tatsächlichen Ablehnungsgründe bei Migranten nicht genannt und andere Gründe vorgeschoben.

Hilfestellung kann in bestimmten Grenzen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bieten:

§ 1 AGG:

„Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“

Unterstützung bei Diskriminierung und Benachteiligung bietet der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Beraten werden Flüchtlinge, Asylsuchende sowie Menschen mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Nationalität, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrer Weltanschauung, ihrer Behinderung, ihrer Sexualität oder ihres Alters diskriminiert und /oder benachteiligt werden. Es gibt rechtliche Tipps, wie man sich gegen Diskriminierungen wehren kann und in welchen Fällen ein Anspruch auf Entschädigung nach dem AGG geltend gemacht werden kann.

Kontakt: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

E-Mail: nds@nds-fluerat.org

Telefon: 05121-15605

www.nds-fluerat.org

Die Angebote sind kostenfrei.



Auch die Berichterstattungen über religiöse Minderheiten und Islamismus in anderen Ländern, die mit Sicherheitsaspekten und Terrorismus in Verbindung gebracht werden, können sich negativ auf hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund auswirken. Denn nicht selten werden über entsprechende Berichte Stereotype entwickelt, die ganze Kulturkreise negativ einbeziehen können.

In den schlimmsten Fällen eskalieren ethnische Ablehnungen und münden in rassistische Übergriffe. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Ausübung von entsprechenden Gewalttaten nicht automatisch mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werden kann. In der Öffentlichkeit gibt es hier vielfach eine enge Wahrnehmung, dass Rassismus nur von Rechtsextremen ausgeht.

Aber jede Art von Diskriminierung, die mit Erscheinungsformen von Alltagsrassismus einhergeht, sollte niemals übersehen werden und ohne Konsequenzen bleiben.

Ein notwendiger Ansatz ist deshalb die Auseinandersetzung mit diesen Themen. Dieses sollte möglichst schon früh in den Bildungseinrichtungen beginnen, zumal heute Kitas und Schulen häufig Orte sind, in denen Kinder aus unterschiedlichen kulturellen und sozialen Milieus zusammentreffen. Hier ist die frühe Förderung von Toleranz und Chancengleichheit wichtig, ebenso die Aufklärung und konkrete Hilfestellung, wenn Konfliktsituationen bekannt werden.

Leider gibt es immer noch zu wenige – vor allem mehrsprachige – Informationen und unterstützende, professionelle Stellen für Menschen, die Diskriminierungen ausgesetzt sind. Die deutsche Gesetzgebung definiert rechtsextreme Aktivitäten als verfassungsfeindlich und bezieht diese auf die NS-Vergangenheit und Antisemitismus. Schwieriger wird es bei der Einschätzung von Alltagsrassismus und Diskriminierung, da diese nicht unbedingt eine entsprechende rechtsextreme Gesinnung als Grundlage haben. Dieses führt dazu, dass rassistische Straftaten häufig nicht als solche klassifiziert und stattdessen als körperliche Angriffe eingestuft werden, so der ENAR Shadow Report 2009-2010 zu Rassismus und Diskriminierung in Deutschland.

Notwendig ist eine stärkere Sichtbarmachung von Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft. Hierfür sind Sensibilisierungen, Aufklärung über statistische Materialien und Monitoring noch weiter zu entwickeln. Nichtsdestoweniger gehört aber auch die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus dazu.



Wie betrifft mich
das?

Alltagsrassismus



Fragen Jugendlicher zu den Themen Demokratie und Rechtsextremismus

In diesem Abschnitt wird, ausgehend von den Inhalten der Ausstellung, der Frage nachgegangen, was Kinder und Jugendliche mit den Themen Demokratie und Rechtsextremismus zu tun haben und warum das überhaupt wichtig ist.

Was heißt hier eigentlich Demokratie?

Das Thema Demokratie ist für viele Jugendliche zunächst einmal „ganz weit weg“. Es ist für viele nicht mehr als ein abstraktes Prinzip, nach dem der Staat aufgebaut ist. Davon hört man in den Nachrichten, doch was hat es mit einem selbst zu tun? Geht es um mehr, als darum, später alle vier bzw. fünf Jahre Kreuze auf einem Wahlzettel zu machen?

Tatsächlich ist Demokratie eine Idee, die sich durch die ganze Gesellschaft hindurchzieht wie der berühmte rote Faden. Aber: „Demokratie ist eine Aufgabe – keine Selbstverständlichkeit“, so beschreibt es die Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ankündigung für die Ausstellung. Denn Demokratie ist nicht einfach so da, sondern dieses Prinzip muss durch Engagement und Beteiligung mit Leben gefüllt werden. Es muss lebendig, lebhaft und lebenswert werden.

In der Ausstellung werden neben den aktuellen Gefahren für die Demokratie auch immer wieder Bezüge zur Weimar Republik hergestellt. Diese ist ein Beispiel dafür, wie die erste Demokratie in Deutschland durch Gefahren zerstört wurde, die auch heute wieder bzw. noch aktuell sind.

Wo begegnet Kindern und Jugendlichen Demokratie?

Das ist schon in der Schule der Fall, z.B. wenn Wahlen für das Amt des Klassensprechers bzw. der Klassensprecherin anstehen. Das läuft dann nach klar festgelegten, demokratischen Regeln ab. Auch hier gilt selbstverständlich, dass diese Wahl nicht um ihrer selbst willen stattfindet, sondern dass diejenigen, die gewählt werden, dieses Amt auch ausfüllen müssen, was bedeutet, dass sie die Interessen ihrer Klasse auch gegenüber den Lehrkräften vertreten sollen. Auf der anderen Seite gilt ebenso, dass die Lehrkräfte diese Vertretung ernst nehmen.

Auf einer Tafel der Ausstellung wird gezeigt, an welchen Orten Demokratie auch in der Gesellschaft, eben in der Schule, erfahrbar ist. In dem konkreten

Beispiel konnte eine Klasse mittels eines Wahlzettels darüber abstimmen, ob die Klassenfahrt nach London oder nach Paris gehen sollte. Als das Beispiel bei einer Führung kurz angesprochen wurde, kam Widerspruch aus der Gruppe auf. Kritisiert wurde, dass in dieser Klasse der Klassenlehrer das Ziel der Klassenfahrt ohne Diskussion oder Wahlmöglichkeit vorgegeben hatte. Es ist ein Beispiel, wie das Prinzip der Demokratie nicht angewandt wird.

Gerade bei älteren Schülerinnen und Schülern sollten Lehrkräfte und Schulen darauf achten, dass solche Möglichkeiten zu Beteiligung und Mitbestimmung auch wahrgenommen werden, denn die Schule ist ein wichtiger Ort, an dem Demokratie schon früh erfahrbar gemacht werden kann. Wenn eine solche Möglichkeit nicht genutzt wird, ist die Schülervertretung gefragt, das Prinzip der Demokratie einzufordern. Ein Schulfest z.B., bei dem alle zusammen geplant und mitentschieden haben, wird in einem besseren Klima ablaufen als eines, das durch Schulleitung und Kollegium allein bestimmt wird.

Nun könnte eingewandt werden, Jugendliche und erst recht Kinder, seien noch nicht in der Lage, solche Entscheidungen zu treffen, schon ein so geplantes Schulfest würde im Chaos enden. Tatsächlich aber sind die Erfahrungen, wenn Mitbestimmung ermöglicht wird, in den meisten Fällen positiv: Wenn Schulkinder beim Schulfest mitbestimmen dürfen, kann man davon ausgehen, dass sie zum einen engagierter in der Vorbereitung sind und zum anderen keine unrealistischen Forderungen stellen werden. Schon Grundschulkinder sind gut in der Lage zu erkennen, welche Wünsche umsetzbar sind. Enorm wichtig im pädagogischen und im politischen Sinne sind auch die Prozesse, die dabei ablaufen, denn: Demokratie kann gelernt werden! Und hier wird ebenfalls ein Gedanke der Demokratie deutlich, nämlich, dass man denen, die wählen dürfen, auch das Vertrauen entgegenbringt, dass am Ende eines demokratischen Prozesses ein Ergebnis steht, das alle Beteiligten mittragen können.

Neben der Schule gibt es auch andere Gelegenheiten, bei denen sich Demokratie erfahren lässt. Die gibt es beispielsweise in eingetragenen Vereinen, z.B. im Sport, denn die Vorstände werden in Vereinsversammlungen nach klar festgelegten, transparenten Regeln demokratisch gewählt. Bei diesen Versammlungen werden wichtige Fragen besprochen, zu denen sich alle Vereinsmitglieder, also auch schon Jugendliche, zu Wort melden können, z.B.: wie wird das jährliche Vereinsfest gestaltet, gibt es Geld für eine neue Ausstattung im Vereinsheim oder wird endlich der Rasen auf dem Fußballplatz erneuert?

Ein anderes Beispiel, um Erfahrungen mit Demokratie zu machen, ist neben dem Engagement in politischen Parteien die Beteiligung in politischen Bewegungen, die „außerhalb“ von Parteien und Parlamenten zu bestimmten Themen aktiv sind.

Dies kann z.B. Umweltschutz sein, weil Jugendliche, und auch schon Kinder, hier eine direkte Beziehung zu vorhandenen Problemen entwickeln können.

Wenn es also darum geht, was Demokratie bedeutet, wird deutlich, dass immer der persönliche Bezug und der individuelle Zugang zu den anstehenden Fragen ausschlaggebend sind. Dieses gilt in der Schule ebenso wie z.B. bei Entscheidungen im Sport oder anderen Aktivitäten.

Wo habe ich denn mit rechten Parolen und Rechtsextremismus zu tun?

Über den persönlichen Bezug entwickelt sich das eigene Interesse für Demokratie in der Gesellschaft und der Wunsch nach Beteiligung und Mitbestimmung. Dem entgegen stehen ideologische Einstellungen, vorgegebene Denkmuster und einseitige Zuschreibungen, die bis zu rechtsextremem Gedankengut reichen können.

Rechtsextremismus ist eine Ideologie, welche die Vorherrschaft einer bestimmten Gruppe und die Unterdrückung anderer anstrebt. Dabei wird Hass geschürt und die Bereitschaft zur Gewalt legitimiert, so sehr sich Rechtsextreme auch bemühen, mit dem Tarnmantel des harmlosen „guten Nationalisten“ aufzutreten.

Nun sagen manche, dass Rechtsextreme und Rechtsextremismus nur ein Randproblem der Gesellschaft seien. Die Parteien dieses Spektrums seien politisch bedeutungslos und die überzeugte Anhängerschaft überschaubar. Hier ist es aber wichtig, ganz klar Stellung zu beziehen. Denn die extremen Auswirkungen dieser Ideologie haben nicht nur in den vergangenen Jahren zu Todesopfern durch Brandanschläge oder Morde geführt und müssen allein deshalb scharf verurteilt werden.

Hinzu kommt, dass die Bestandteile der rechtsextremen Ideologie, wie z.B. Rassismus und nationale Überlegenheitsansprüche in der Gesellschaft besorgniserregend weit verbreitet sind, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung und andere Forschergruppen durch wiederholte repräsentative Umfragen herausgefunden haben.

Der Beirat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration schrieb dazu in einem Beschluss im März 2012: „Es gibt ein Syndrom von Vorurteilen, das sich bündelt zu einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Das reicht von rassistischen Vorurteilen bis hin zu sozialer Aggressivität gegenüber Behinderten und Obdachlosen.“

Dies sind Graustufen von Überzeugungen, die sich in Klischees gegenüber Zuwanderern, in Stammtischparolen, als Alltagsrassismus, in Ausgrenzung von Behinderten, in Diskriminierung oder Ablehnung z.B. von jüdischen Menschen äußern, ohne dass ein braunes Weltbild schon völlig geschlossen ist. Das ist im Alltag oft in scheinbar harmloser Form vorhanden, z.B. im Spiel „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“ Dabei ist es eben nur scheinbar harmlos und kann die Grundlage für Klischees und Vorstellungen legen, was dann von den rechtsextremen Agitatoren leicht aufgegriffen werden kann. Hier gilt es für alle politisch interessierten Menschen, sensibel zu sein und die Auseinandersetzung und Diskussion zu führen, bevor sich die scheinbar harmlosen Meinungen verfestigen und Einstellungen zu entsprechendem Verhalten führen, wie es auch in der Ausstellung dargestellt wurde. Dazu gehört ebenfalls der Umgang mit Stammtischparolen. In der Ausstellung wurde dieses Thema auf Tafel 12 behandelt und gezeigt, wie sich dagegen argumentieren lässt:

Stammtischparole:

„Die Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg.“

Gegenargumentation:

„Wer sind DIE Ausländer? Viele Ausländer arbeiten in Bereichen, in denen Deutsche nicht gerne arbeiten. Ausländer schaffen demgegenüber in Deutschland viele Arbeitsplätze. Über 250 000 selbständige Ausländer beschäftigen immerhin 570 000 Arbeitnehmer, Tendenz steigend.“

Wichtig bei der Gegenargumentation ist es, ruhig und sachlich zu bleiben, denn viele Parolen sind schnell zu widerlegen. Es ist ebenfalls wichtig zu sehen, dass überzeugte Rechtsextremisten nicht einfach umzustimmen sind. Man kann aber eine Gegenposition formulieren, die andere zum Nachdenken anregt.

Der Bezug zum Thema Rechtsextremismus kann ebenfalls durch eine direkte Betroffenheit entstehen.

In der Ausstellung ergab sich diese Betroffenheit z.B. durch die Tafel Nr. 7, auf der anhand einer Karte von Niedersachsen rechtsextreme Aktivitäten dargestellt wurden, ergänzt durch eine Liste von rechtsextremen Straftaten mit Angabe der jeweiligen Orte und Daten. In den Führungen waren einige Schüler/innen sehr erstaunt, weil sie feststellten, dass in den Städten, aus denen sie kamen, Straftaten von Rechtsextremen, wie z.B. Körperverletzungen, verübt worden waren, von denen die Schüler/innen nichts wussten.

In besonderer Weise wurde dieses bei der Führung mit einer Schulklasse und Diskussion von rechtsextremer Gewalt in der Region Göttingen deutlich, als das Beispiel von der Silvesternacht 1999/2000 genannt wurde, in der ein junger Mann in Rosdorf von zwei Rechtsextremisten erstochen wurde. Der Klassenlehrer sagte daraufhin, dass er das Opfer persönlich kannte, weil der junge Mann sein Schüler gewesen sei.

Ebenso war eine Klasse von angehenden Erzieher/innen einer Berufsschule bei der Führung sehr bestürzt darüber, dass Mitglieder von rechtsextremen Gruppen versuchen, als Elternvertreter in Kindergärten oder Schulen gewählt zu werden, um so zunächst unauffällig wichtige Posten zu besetzen und dann ihre Ideen und Ideologien zu verbreiten. Eine Aufklärung und Sensibilisierung kann hier einen konstruktiven und professionellen Umgang mit diesen Strategien eröffnen (s. dazu auch den Abschnitt **Gender und Rechtsextremismus**).

Wenn Demokratie in Vereinen erlebbar wird, wie oben beschrieben, ist das im Sinne des demokratischen Gedankens wichtig, aber auch zur Prävention gegen Rechtsextremismus. Denn nicht zufällig ist es eine Strategie der Rechtsextremen, sich in Vereinen zu engagieren, z.B. als Jugendtrainer, weil sie damit Kontakte zu vielen Jugendlichen aufbauen können.

In diesen Fällen ist die Beschäftigung mit dem Thema, mit den Ausprägungen von Rechtsextremismus und den Strategien dieser Gruppen wichtig, um aufmerksam zu sein und angemessen reagieren zu können. Dies gilt für Sportvereine, für Jugendzentren, Kindertagesstätten, Schulen und zieht sich damit durch die gesamte Gesellschaft. Auch in einer Stadt wie Göttingen, wo Rechtsextreme nicht dominant auftreten, gilt es wachsam zu sein.

Bei dieser Thematik stellt sich für Jugendliche auch die Frage, wie weit eine freie Meinungsäußerung geht, oder anders gesagt, wie tolerant man gegenüber der Intoleranz sein kann?

Hier kann man sagen, dass neben den Gesetzen, die bestimmtes Verhalten, z.B. einen Aufruf zur Gewalt, klar unter Strafe stellen, die Meinungsfreiheit in der Demokratie ein hohes Gut ist, das durch die Verfassung geschützt wird.

Im Umgang mit Menschen, die sich rechtsextrem äußern, hilft ein Hinweis aus der Ausstellung (Tafel 13): „Nicht Rechtsextremisten als Menschen sind die Gegner, sondern rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen.“

Darin wird noch einmal der Unterschied von demokratischen Einstellungen zu rechtsextremen Einstellungen deutlich: Rechtsextreme dagegen werden diese Unterscheidung im Zweifelsfall nicht machen. Sie greifen – nicht nur mit Worten –

fragen jugendlicher zu demokratie und rechtsextremismus

Personen ja wegen ihrer Einstellung, ihrer Herkunft oder ihres Aussehens an. Sie beklagen sich, dass sie scheinbar ihre Meinung nicht frei sagen können, wollen aber alle anderen Meinungen in letzter Konsequenz verbieten.

Jede offene Diskussion, auch von kontroversen Meinungen, jede Möglichkeit von Beteiligung und Mitbestimmung ist daher ein Ansatzpunkt, um Rechtsextreme daran zu hindern, ihre Ansichten von Ausgrenzung, Ungleichheit und Unterdrückung zu verbreiten.

■ Rechtsextremismus mit seinen Bestandteilen, den Zielen und Erscheinungsformen wurde hier nur allgemein angesprochen.

Als Einstieg für Jugendliche zur Beschäftigung mit dem Thema sei die Broschüre „[Rechtsextremismus? Nicht mit mir!](#)“ der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie die Literatur und Linkliste im Serviceteil dieser Broschüre empfohlen. In der Broschüre wird auch das Thema „[Parolen parieren](#)“ behandelt.



Ausgrenzung

Rassismus

VORURTEILE

DisKriminierung





Veranstaltungen für Göttinger Schulen

Im Frühjahr 2012 wurden alle weiterführenden Schulen in der Stadt Göttingen angeschrieben, um die Schulleitungen und Kollegien über das in Planung befindliche Vorhaben der Ausstellung und das darüber hinaus gehende Angebot von thematischen Veranstaltungen für Schulklassen zu informieren. Je nach Reaktion der Schule wurde das Angebot auch persönlich im Gespräch vorgestellt. Aus der Vorarbeit entwickelten sich verschiedene Projekte an den interessierten Schulen. Immer ging es darum, durch einen Einstieg zu den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Demokratie Schulklassen auf den Besuch der Ausstellung vorzubereiten oder entsprechend nachzubereiten, damit die Erfahrung der Ausstellung nicht als singuläres Erlebnis stehen bleiben sollte. Diese Unterrichtseinheiten fanden nach ausführlicher Planung und Vorbesprechung mit den Fachlehrkräften bzw. Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern statt.

Die Arbeit mit den Göttinger Schulen wird an zwei Beispielen verdeutlicht.

Beispiel 1

Information und Diskussion

Es gab vor der Ausstellung eine Unterrichtseinheit mit einer 8. Klasse des Otto-Hahn-Gymnasiums zur Vorbereitung auf den Besuch der Ausstellung. Als Grundlage diente ein Fragebogen aus dem vertiefenden Material der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema. Darin ging es um Wissen über die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und zu den Grundlagen der Demokratie wie:

Menschenwürde hat man

- ☐ a) nach Erreichung des 18. Lebensjahres
- ☐ b) durch sein Menschsein
- ☐ c) durch besondere Leistungen.

Die Schülerinnen und Schüler hatten immer drei Antwortmöglichkeiten. Sie beantworteten die Fragen so gut wie möglich. Anschließend wurden die Antworten aus dem Material der Ausstellung vorgestellt und mit der Klasse diskutiert.





Interessant war dabei z.B. ein Vergleich zwischen der Einschätzung der Klasse, wie weit ausländerfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet sind, auf die Frage:

Ausländerfeindliche Einstellungen besitzt in Deutschland derzeit etwa

☐ a) jede/r Fünfte ☐ b) jeder Zehnte ☐ c) jeder Zwanzigste.

Die Meinungen konnten anschließend mit den Ergebnissen von repräsentativen Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung dazu verglichen werden. Die Schulklasse war sehr überrascht, wie hoch der Anteil von ausländerfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft ist.

Beispiel 2

Thema Vorurteile

Da Vorurteile und Klischees als Grundlage von rassistischen Äußerungen in der Gesellschaft und damit auch an Schulen verbreitet sind, wurde dieses Thema an einem Projekttag aufgegriffen. In der Arbeit wurde von den Gedanken und Bedürfnissen der Jugendlichen ausgegangen, indem zunächst Beispiele oder Vorfälle gesammelt wurden, die den Jugendlichen bekannt waren oder die sie gegebenenfalls selbst erlebt hatten. Auf dieser Grundlage wurde besprochen, was Vorurteile eigentlich sind, was rassistisches Gedankengut ist und wie es auftritt. An den konkreten Beispielen der Jugendlichen wurden die Hintergründe deutlich gemacht, z.B. wie Vorurteile im Alltag im Familien- oder Freundeskreis weitergegeben werden, ohne sie zu hinterfragen.

Wichtig war dabei die Zusammensetzung der Klasse: Gab es zum Beispiel Jugendliche mit Migrationshintergrund, dann sollten – mit deren Einverständnis – ihre Erfahrungen besonders thematisiert werden, um zu zeigen, wie sie von Vorurteilen betroffen sind.

In einem weiteren Schritt wurde diskutiert, wie man sich gegenüber der Äußerung von Vorurteilen verhalten und wie man dagegen argumentieren kann.

Neben der Arbeit mit den Inhalten wurden spezielle Methoden zur Selbsterfahrung eingesetzt, die die Thematik spürbar machten, z.B. wie Ausgrenzung in einer Gruppe wirkt.







Die Arbeit mit „Scouts“

Konzept

Der Ansatz der Friedrich-Ebert-Stiftung, an jedem Ausstellungsort eine Gruppe von „Scouts“ darauf vorzubereiten, durch die Ausstellung zu führen, wurde in Göttingen in besonderer Weise für die Präsentation im Neuen Rathaus genutzt. Als Scouts wurden Schülerinnen und Schüler aus den höheren Jahrgängen von Schulen angesprochen. Das Vorgehen folgt dem Ansatz des „Peer-Teaching“, bei dem Jugendliche andere Jugendliche zu bestimmten Themen informieren, so dass sich ein besserer Zugang zum Inhalt ergibt. Die Scouts werden auf diese Weise zu Multiplikatoren der Themen und des Anliegens der Ausstellung.

Vorgehen in Göttingen

Für die Ausstellung in Göttingen wurden drei Göttinger Schulen, das Felix-Klein-Gymnasium, das Hainberg-Gymnasium und die Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule, in die Vorbereitung einbezogen. Die Fachlehrkräfte für den Politikunterricht an den drei genannten Schulen sprachen Schülerinnen und Schüler aus ihren Klassen und Kursen ab Jahrgang 10 an, die sie als besonders interessiert an dem Thema einschätzten.

Insgesamt konnten so 25 Scouts, 15 Schülerinnen und 10 Schüler, für die Arbeit mit der Ausstellung gewonnen werden, was auch angesichts der schulischen Belastung in der Oberstufe heute bemerkenswert ist.

Die Schulung der Scouts als Vorbereitung für ihre Aufgabe erfolgte nach Aufbau der Ausstellung im Foyer des Neuen Rathauses der Stadt am 28. Juni. Die Friedrich-Ebert-Stiftung führte wegen der großen Anzahl der Scouts zwei getrennte Schulungen durch. Erläutert wurden dabei die Inhalte und besonderen Aspekte der Ausstellung. Es wurden Fragen geklärt und Tipps für die Führungen mit Schulklassen gegeben. Eine Schulung für weitere Scouts, die zuvor zeitlich verhindert waren, führte Herr Muhs später durch.

Die Organisatoren in Göttingen hatten sich eine Besonderheit überlegt: Nach Abschluss der Schulungen erhielten alle Scouts ein T-Shirt überreicht, das vorne den Aufdruck „Rechtsextremismus? Nicht mit mir!“ und auf dem Rücken den Aufdruck „Scout“ zeigt. Die Organisatoren in Göttingen hatten sich dieses als kleine Aufmerksamkeit für die Scouts und als Erkennungsmerkmal für die Gruppen und Lehrkräfte überlegt, welche die Ausstellung besuchten. Der vordere Aufdruck wurde von der gleichnamigen Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Ausstellung „entliehen“.

die arbeit mit „scouts“



Immer zwei Scouts übernahmen als „Tandem“ eine Gruppe bzw. Schulklasse, die sich beim Büro für Integration angemeldet hatte. Die Doppelbesetzung war fester Teil des Konzepts, damit die Scouts sich bei der Führung abwechseln und gegenseitig unterstützen konnten.

Auswertung und Fazit

Insgesamt lässt sich ein sehr positives Fazit aus der Arbeit der Scouts ziehen. Sie führten jeweils im Tandem insgesamt 25 der angemeldeten 27 Klassen durch die Ausstellung, so dass alle Scouts ein bis zweimal eine Führung gestalten konnten. Weitere bzw. ergänzende Führungen übernahm Herr Muhs als Vertreter.

Für die Scouts und die Politiklehrkräfte der beteiligten Schulen fand am 13. November 2012 eine Auswertungsveranstaltung im Neuen Rathaus statt. Dabei wurden Eindrücke und Erfahrungen, aber auch Kritik an der Ausstellung und den Führungen, gesammelt und diskutiert. Die Veranstaltung diente ebenfalls dazu, den Scouts nochmals für ihr Engagement zu danken. Allen Scouts wurde eine Bescheinigung für ihre Tätigkeit als Anerkennung für ihren Einsatz überreicht. In der Diskussion zeigte sich, dass das Tandem-System für die Arbeit der Scouts sehr hilfreich war. Es hat den Scouts geholfen, weil sie sich abwechseln und ergänzen konnten. Das Zweier-Team gab Sicherheit, wurde als Bereicherung angesehen und ermöglichte bei großen Klassen, die Gruppe aufzuteilen. Festgestellt wurde von den Scouts, dass es bei den Klassen ein sehr unterschiedliches Vorwissen gab. Diese Situation wurde von ihnen zurecht als Schwierigkeit und Chance angesehen, denn so war es nicht einfach, alle Jugendlichen einer Klasse in gleicher Weise zu interessieren und zu informieren, andererseits konnten einige Schüler/innen viel Neues erfahren und das Wissen der Anderen produktiv in die Führung einfließen lassen. Zur Frage nach der Vorbereitung auf die Arbeit der Scouts gab es eine Reihe von positiven Rückmeldungen. Es wurde aber auch angemerkt, dass die Vorbereitung recht kurz war und etwas wenig Methodik vermittelt wurde. Als sinnvoll wurde von einigen Scouts mehr Abwechslung in der Ausstellung, „mehr zum Anfassen“ bzw. „weiteres Anschauungsmaterial“ anstelle der Informationstafeln angesehen.









Daten zur Ausstellung

Die Ausstellung mit den insgesamt 14 Tafeln wurde im Foyer des Neuen Rathauses präsentiert.

Die Eröffnung der Ausstellung fand am Freitag, den 29. Juni 2012, ab 11.00 Uhr im Foyer des Neuen Rathauses statt.

Vor vielen Gästen aus der Bevölkerung, den Schulen, der Politik, von Vereinen und Verbänden sprachen Wolfgang Meyer, der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, Petra Wilke von der Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen und Renate Kornhardt, vom Büro für Integration der Stadt Göttingen.

Einen anregenden Vortrag hielt Prof. Dr. Franz Walter vom Göttinger Institut für Demokratieforschung und der Universität Göttingen.

Nach der Eröffnung war die Ausstellung von Freitag, den 29. Juni bis Freitag, den 20. Juli, während der Öffnungszeiten des Neuen Rathauses frei zugänglich.

Allein 27 Klassen meldeten sich offiziell über das Büro für Integration zu Führungen an. Im Ergebnis nahmen über 600 Schülerinnen und Schüler daran teil. Hinzu kommen weitere Klassen und Gruppen, die den Besuch der Ausstellung selbst organisiert, vorbereitet und durchgeführt haben.

Das Interesse und die Besucherzahlen konnten von der täglich besetzten Pfortnerloge im Eingangsbereich des Neuen Rathauses gut eingesehen werden. Von hier wurden während der Dauer der Ausstellung weitere rund 800 Ausstellungsbesucher/innen, neben den Führungen, registriert.





Veranstaltungen im Rahmenprogramm

Zusätzlich zur Ausstellung und den Angeboten speziell für Schulklassen plante und organisierte das Büro für Integration ein Rahmenprogramm mit Veranstaltungen, die von verschiedenen Einrichtungen und Organisationen in Göttingen vorbereitet und durchgeführt wurden. Die einzelnen Veranstaltungen wurden in den Flyer zur Ausstellung, der gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde, aufgenommen.

Mo. 2.7.2012 Zielgruppe Jugend –

Wie ködern Rechtsextreme Jugendliche?

Musik, Lifestyle und Symbolik aus der rechten Szene
Diskussionsveranstaltung mit Oliver Sauer (Jugendhilfe
Göttingen e.V.), Moderation: Wolfgang Muhs
(Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.).

Ort: Berufsbildende Schulen 1 / Arnoldi-Schule

Veranstalter: Jugendhilfe Göttingen e.V. und Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.

Beschreibung:

In der Veranstaltung ging es dem Referenten darum zu beschreiben, auf welchen Wegen Rechtsextreme versuchen, Jugendliche für ihre Ideen zu gewinnen. Z.B., welche Rolle rechtsextreme Musik und Mode oder auch scheinbar unauffällige Sportvereine dabei spielen. (Siehe auch das Interview mit dem Referenten in dieser Broschüre.)

Di. 3.7.2012 Demokratie lernen. Das Betzavta-Training

– eine Methode aus Israel für Lehrer/innen, Sozialpädagog/innen und Betreuer/innen, die mit Jugendlichen arbeiten.

Ort: Neues Rathaus

Veranstalter: Volkshochschule Göttingen e.V.

Beschreibung:

Betzavta bedeutet im Hebräischen „Miteinander“ und ist ein Bildungsprogramm, das ursprünglich aus Israel stammt.

Das Ziel von Betzavta besteht darin, durch Gruppenübungen demokratische Prinzipien wie Gleichheit und Freiheit erfahrbar zu machen und so Konfliktfähigkeit, Toleranz und Respekt zu stärken.

Do. 5.7.2012 „Platzangst“

Film mit anschließender Diskussion und Informationen über politisch motivierte Straftaten von Rechts, für Schüler/innen ab der 9. Klasse.

Ort: Polizeiinspektion Göttingen

Veranstalter: Polizeiinspektion Göttingen

Beschreibung:

Der Film, 2002 gedreht, erzählt die Geschichte einer Clique rechter Jugendlicher und insbesondere von Martin, der sich in Marina verliebt. Sensibel und authentisch wird dargestellt, wie Martin sich zwischen seinen Freunden und Marina, die aus Russland stammt, entscheiden muss.

Mo. 9.7.2012 „Kriegerin“

Spielfilm über die Neonazi-Szene in Deutschland (2011).

Ort: Kino Lumière

Veranstalter: Präventionsrat für die Stadt Göttingen

Beschreibung:

„Kriegerin“ ist ebenfalls ein Film über die rechtsextreme Jugendszene. Im Mittelpunkt steht Marisa, deren Leben durch Hass auf Migranten und Gewalt gekennzeichnet ist. Als sie einen afghanischen Flüchtlingsjungen näher kennen lernt, spitzt sich die Situation gefährlich zu.

Di. 10.7.2012 „Rechtsextreme Mädchen und Frauen –

Wahrnehmungsdefizite und Handlungsstrategien“

Vortrag von Frau Dr. Heike Radvan,

Fachstelle „Gender und Rechtsextremismusprävention“, Berlin,

Ort: Neues Rathaus, Ratssaal

Veranstalter: Präventionsrat für die Stadt Göttingen

Beschreibung:

In dem Vortrag wurde beschrieben, warum Mädchen und Frauen sich in rechtsextremen Gruppen und Organisationen engagieren und welche Rollen und Positionen sie dabei einnehmen.

(Siehe dazu auch den Abschnitt Gender und Rechtsextremismus.)

Di. 17.07.2012 Demokratierallye für Schüler/innen der 3. bis 6.

Klasse (ca. 8 bis 12 Jahre).

Ort: Neues Rathaus, Ratssaal

Veranstalter: Göttinger Institut für Demokratieforschung

Beschreibung:

Die „Demokratie-Rallye“ möchte teilnehmenden Kindern spielerisch Politik und Demokratie nahe bringen, z.B. wie mit Konflikten und „Streit“ umgegangen wird. Am Ende der „Rallye“ erhalten die Kinder ein Demokratie-Diplom überreicht.

Die Stadtbibliothek Göttingen erstellte eine Medienpräsentation und Literatúrauswahl-liste, die als Faltblatt während der Ausstellung verteilt wurde.

(Die Liste ist im Serviceteil unter Literatur angegeben.)

veranstaltungen im rahmenprogramm



Kooperationspartner/innen und Unterstützer/innen des Büros für Integration für das Rahmenprogramm:

Berufsbildende Schulen 1 / Arnoldi-Schule | Erich Kästner-Schule | Fachdienst
Jugendarbeit/Jugendförderung Stadt Göttingen | Felix-Klein-Gymnasium (FKG)
| Frauenbüro Stadt Göttingen | Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule
Göttingen (IGS) | Geschwister-Scholl-Gesamtschule (KGS) | Göttinger Institut für
Demokratieforschung | Hainberg-Gymnasium (HG) | Institut für berufliche Bildung
und Weiterbildung e.V. | Integrationsrat Göttingen | Jugendhilfe Göttingen e.V. |
Otto-Hahn-Gymnasium (OHG) | Polizeiinspektion Göttingen | Präventionsrat für
die Stadt Göttingen | Stadtbibliothek Göttingen | Stadtjugendring Göttingen e.V. |
Stadtschülerrat Göttingen | Volkshochschule Göttingen e.V.







Auszüge aus der Presse

GT (15.6.2012)

Die Schau mit einer Reihe von Stelltafeln richtet sich laut Ankündigung vor allem, aber nicht ausschließlich an Jugendliche. „Die Ausstellung erläutert die zentralen Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft und zeigt die Gefahren auf, die vom Rechtsextremismus als Bedrohung für Demokratie und Menschenwürde ausgehen“, heißt es in einer Beschreibung zur Ausstellung.

(27.6.2012)

In einem Rahmenprogramm, das durch Angebote zahlreicher Kooperationspartner ermöglicht wird, werden diese Themen weiter vertieft. Ausstellung und Rahmenprogramm greifen damit wichtige Ziele des städtischen Integrationskonzeptes auf.

(29.6.2012)

Die Schau zeigt zum Beispiel auf, welche Formen rechtsextremistische Weltbilder und Argumentationsweisen annehmen können.

Blick (11.7.2012):

Die Stärkung und Förderung der Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss von jeder Generation neu gelernt werden“, erklärte Petra Wilke von der Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen. Prof. Dr. Franz Walter, Leiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, konstatierte in seiner wortgewaltigen Rede eine enorme Form der Gleichgültigkeit von Parteien und Gewerkschaften. „Alle sehen in der Bildung den Generalschlüssel für Prävention, nur für einen Bereich der Bildung stimmt das nicht: für die politische Bildung. Geld für Broschüren ist immer da, aber wir müssen mit konkreten Projekten in die Schulen reingehen!“

HNA (30.6.2012)

Jugendliche des Felix-Klein-Gymnasiums, des Hainberg-Gymnasiums und der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule sollen Schüler beim Besuch einer Ausstellung im Neuen Rathaus in Göttingen an die Hand nehmen. Dort ist bis zum 20. Juli die Schau „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ zu sehen. Die Jugendlichen der drei Göttinger Schulen fungieren als Scouts durch die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung und stehen für Fragen zur Verfügung.





Interview mit Oliver Sauer

Zielgruppe Jugend – Wie ködern Rechtsextreme Jugendliche?

Die Veranstaltung zu diesem Thema war ein wichtiger Baustein im Rahmenprogramm zur Ausstellung. Da es im Besonderen um die Einflussnahme von rechtsextremen Gruppen auf Jugendliche geht, werden die Inhalte hier noch einmal in Form eines Interviews wiedergegeben.

Oliver Sauer arbeitet als Sozialarbeiter beim Verein Jugendhilfe Göttingen e.V. und ist Referent zum Thema Rechtsextremismus und Jugendliche. Das Interview führte Wolfgang Muhs.

■ *Frage: Welche Strategien verfolgen rechtsextreme Gruppen und Parteien, um Jugendliche zu gewinnen?*

Oliver Sauer: Zum einen überschneidet sich das grundsätzlich mit ihren Strategien, um in der Gesellschaft neue Anhänger zu gewinnen. Auf der Basis, dass sie in die Mitte der Gesellschaft gelangen wollen, dass sie akzeptiert werden wollen. Zum anderen haben sie sich konkrete Gedanken gemacht, dies durch die Rekrutierung jugendlicher Anhänger zu erreichen. Die ehemalige „Altherrenpartei“ NPD ist ja nicht zufällig eine Partei mit vielen jungen Leuten geworden. Einer der Auslöser war z.B. die Diskussion um Musik. Jüngere Kader hatten sich damals überlegt, durch Musik speziell junge Menschen anzusprechen und sich deshalb andere Musik anzueignen oder zu okkupieren und mit entsprechender Lyrik zu versehen, um so Jugendliche zu erreichen. Es gab einen Richtungsstreit um die sogenannte Deutsche Rockmusik, weil die alten Parteikader meinten, das sei undeutsche Musik. Leider haben sich die jungen Kader durchgesetzt und mit diesem Instrument relativ erfolgreich agiert. Begleitet wird dies auch von entsprechenden Publikationen, wie z.B. rechten Schülerzeitungen, die sie versuchen, an Schulen zu verteilen, um Schüler/innen mit ihrem Gedankengut vertraut zu machen. Als bekanntestes Beispiel ist hier das Projekt Schulhof-CD der NPD zu nennen. Der Erfolg solcher Agitation hängt sicherlich auch vom Widerstand der Schulen und ihrer Schüler/innen ab, Stichwort „Braune Mülltonne“. Zusätzlich bietet mittlerweile das Internet eine breite Agitationsfläche.

Ein weiteres Problem ist das Ausbluten ländlicher Regionen, vor allem unter dem Gesichtspunkt örtlicher politischer Aktivitäten demokratischer Parteien, Jugendverbände oder Organisationen oder auch der örtlichen Jugendarbeit. Diese Lücke



versucht die NPD zu schließen und setzt bewusst bei Jugendlichen an. Der ehemalige NPD-Funktionär Andreas Molau hat das mal als „bürgerschaftliches Engagement auf der Basis Nationaler Graswurzelarbeit“ bezeichnet, etwas was sicherlich auch zu ihrer Strategie passt, vom Land aus die Städte zu erobern. Ein simples Beispiel: Die Jugendarbeit liegt brach, die Kids treffen sich im „Jugendzentrum Bushaltestelle“ und hängen dort ab, NPD-Kader sprechen sie an, zeigen Interesse an ihnen, laden sie zu Partys ein und holen sie noch mit einem Kleinbus ab. Das kommt an.

■ *Was macht die rechtsextreme Szene für manche Jugendlichen überhaupt attraktiv?*

Sie geben sich als Rebellen aus, sie rebellieren gegen das System, gegen das Establishment. Um es provokativ zu sagen, wie seinerzeit Linke oder Punkrock – Subkulturen, die gegen das Establishment rebelliert haben. Junge Menschen stellen oft bestehende Strukturen in Frage, haben das prinzipielle Recht zu rebellieren, was ja durchaus positive Auswirkungen haben kann. Die NPD verbindet mit ihrer sogenannten „Rebellion“ selbstverständlich eine sehr rückwärts gewandte Politik. Allerdings hat die Szene ihren gesamten Lifestyle, gerade für Jugendliche, modern gestaltet. Das wirkt, vorsichtig ausgedrückt, nicht abschreckend. Ein grundsätzliches Problem stellt nach meiner Ansicht die Situation dar, dass jungen Menschen oft die Werte unserer Demokratie nicht ausreichend verdeutlicht werden, dass ihnen ihre Rechte und Möglichkeiten einer Beteiligung an einer demokratischen Gesellschaft nicht attraktiv genug dargestellt und angeboten werden. In Städten wie Göttingen sieht das noch anders aus, weil es hier ein breites, auch alternatives, Kulturangebot gibt oder z.B. den Stadtjugendring der jungen Leuten Angebote macht, sich ehrenamtlich zu beschäftigen, und denen eine gewisse Gegenleistung wie die JuLeiCa-Card anbietet. Das ist nicht in jeder Region der Republik gegeben. Ich glaube es ist ein Trugschluss zu behaupten, dass junge Leute kein Interesse an Politik oder gesellschaftspolitischer Betätigung haben. Ich gehe davon aus, dass durchaus viele junge Menschen ein prinzipielles Interesse besitzen und eine Bereitschaft haben, sich diesbezüglich zu engagieren. Nur muss man ihnen dies überhaupt bekannt machen, attraktiv bewerben und diese jungen Menschen als aktive Gestalter ernst nehmen. Die NPD verbreitet gern Politikverdrossenheit, dass etablierte Parteien und Demokraten angeblich nichts zu bieten haben. Zusammen mit ihrem Selbstverständnis als Rebellen bietet die rechte Szene Jugendlichen an, sich alternativ zu demokratischen Strukturen zu engagieren, sich für die Gemeinschaft einzusetzen. Ein Begriff, der schnell mit rechten politischen Inhalten gefüllt wird und in die Richtung „Volksgemeinschaft“ mündet, von der alles, was nicht zur „rechten Norm“ gehört, ausgeschlossen ist. Zu parteipolitischem Engagement wird der Weg recht einfach bereitet, indem angeboten wird, eventuell aber auch schon

gedrängt wird, sich an Aktionen wie Wahlkampfhilfen zu beteiligen, Plakate kleben, Flyer verteilen etc. Relativ schnell werden dann politische Schulungen angeboten, die aber vom Niveau her sehr unterschiedlich sind, abhängig von den örtlichen rechten Strukturen und (Aus-)Bildung der entsprechenden Referenten.

■ *Welche Rolle spielen Freunde, Bekannte, das soziale Umfeld beim Einstieg in die rechtsextreme Szene?*

Wenn man in einem Umfeld aufwächst, in dem rechtes Gedankengut normal ist, dann erleichtert das den Zugang zur rechten Szene sicherlich ungemein. Vielleicht ist zumindest ein Heranschnuppern an die rechte Szene unausweichlich, sollte das soziale Umfeld stark in diese Richtung ausgeprägt sein. Großes Pech hat man natürlich, sollten die eigenen Eltern Nazis sein, die ihre Kinder nicht nur mit entsprechendem Gedankengut erziehen, sondern eventuell auch in entsprechende Organisationen mitnehmen. Ferientage der gesamten (Nazi-) Familie bei der „IG Fahrt & Lager“ einer Unterorganisation der JN, der Jugendorganisation der NPD, die sich explizit unter den Begriffen Bildung – Aktivismus und Gemeinschaft auch um die Jüngsten kümmert. Allein einige Freunde im Bekanntenkreis können unter dem Gesichtspunkt gemeinsamer Unternehmungen den Weg dorthin ebnen.

Aber der umgekehrte Weg bedarf mindestens genauso aufmerksamer Beachtung, nämlich was den Ausstieg betrifft.

Der Einstieg in die rechte Szene ist einfach, der Ausstieg ist so schwierig wie aus keiner anderen Szene, von Scientology und Salafisten mal abgesehen.

Wenn du z.B. irgendeiner Subkultur angehörst und später mal deinen Lebensstil änderst, ist das für deine Freunde kein Problem, es bleiben deine Freunde. In der rechten Szene ist das etwas komplett anderes, weil der Begriff Freundschaft sehr schnell durch den Begriff Kameradschaft ersetzt wird. Das ist auch etwas, was ich innerhalb meiner Tätigkeit im offenen Jugendvollzug mit den Jungs immer wieder thematisiert habe, mit denen einfach mal über den Unterschied Freundschaft und Kameradschaft zu diskutieren.

Es gibt dort selten ein wirkliches freundschaftliches Verhältnis, sondern ein aufgesetztes kameradschaftliches Verhältnis. Dieses zu verlassen ist aber sehr schwierig und wird immer schwieriger, je länger du dabei bist, je mehr Leute du kennen lernst und je weiter du in den Szene-Hierarchien aufgestiegen bist. Steigst du dann aus, verfällst du der Feme und diesen Begriff nehmen die durchaus ernst. Das kann von psychischem Druck über Körperverletzung bis zum Mordversuch gehen.

Ein anderes Problem ist, das du irgendwann außerhalb der rechten Szene keinen normalen Freundeskreis mehr hast, da die Rechten sich freiwillig isolieren, um

ihre Szene vor Spitzeln, politischen Gegnern und dem Staat zu schützen. Gesellschaftspolitisch gesehen ist das positiv, wenn die Grenzen zwischen organisierter Rechter und der Gesellschaft nicht so leicht verschwimmen, für einen Aussteiger erschwert es aber den Weg. Diesen Widerspruch versucht die NPD dadurch zu kompensieren, indem sie ihre Aktivisten aufruft, gesellschaftliches Ehrenamt zu übernehmen, wie z.B. Elternsprecher, Jugendtrainer im Verein oder Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr.

■ *Es gab ein Beispiel von einem Jugendlichen, der aussteigen wollte ...*

In der Tat habe ich jemanden kennen gelernt, der sowohl in der NPD als auch im Ku-Klux-Klan (Anm.: rassistische Organisation, ursprünglich aus den USA) Mitglied war und dessen Freundin ebenfalls aktives Mitglied der rechten Szene war. Nebenbei, es wäre ein Trugschluss die rechte Szene als reine Männergesellschaft zu sehen. Es gibt zwar ein klares Rollenbild, das die Mädels auch mehrheitlich deutlich annehmen, aber trotzdem Teile dieser Szene sich als emanzipiert sehen und für sich in Anspruch nehmen, aktiver Teil des Kampfes um die nationale Sache zu sein.

Besagter Nazi hatte das Angeln als Hobby kennen gelernt und über Sozialarbeit ist er mit einem farbigen Jugendlichen in Kontakt gekommen, der ebenfalls angelte. Es hat tatsächlich geklappt, dass die beiden irgendwann ohne Aufsicht zusammen Angeln gewesen sind. Sicherlich kein Klassiker, aber hier hat es funktioniert, dass ein angeblich gefestigter Rechtsradikaler einen anderen Menschen außerhalb seines Kameradenkreises kennen gelernt hat, der zudem nicht in seine rassistische Gedankenwelt gepasst hat. Er musste aber feststellen, dass dieser nicht nur nett, sondern ein Mensch ist wie du und ich. Eines Tages wurde ihm unangemeldet die neue Kutte vom Clan nach Hause geschickt. Dies hat er sicherlich auch als Mahnung seiner Kameraden verstanden.

Auch seine Freundin hat ihn gehörig unter Druck gesetzt, als er anfang sich ein paar grundsätzliche Gedanken zu machen.

Als Fazit sagte mir besagter junger Mann, dass die Szene eben kein Fußballverein ist, in dem man sich an- oder abmeldet, sondern da ist man drin, fertig.

Das sind aber Punkte, wo man ansetzen kann und es wichtig ist, Kontakt mit den Betroffenen aufzunehmen und sich mit denen zu beschäftigen. Es ist manchmal haarsträubend, es ist schwierig und langwierig, aber es lohnt sich. Wenn ihre Gedankenwelt ins Wanken gerät, ist es sehr wichtig, dass diese Menschen Unterstützung kriegen, möglichst professionelle. Daher ist es ein Unding, wenn Politik hier Mittel kürzt, wenn sie den ehemaligen Gegnern der Demokratie nicht den Weg zurück ermöglicht. Zumal es Thesen gibt, dass ein ins Wanken geratenes Weltbild von überzeugten, jahrelang aktiven Aktivisten zu einer Radikalisierung führen kann. Wenn sich auf einmal ernsthaft selbst die Frage gestellt wird, womit eigentlich viele Jahre des Lebens verschwendet wurden, und diese Jahre immer

von einem tatsächlichen oder imaginären Kampf geprägt waren. Wenn diese Menschen nicht von alleine den Ausweg finden, aber durch oben angeführte Isolierung keine anderen Freunde haben, die eine Stütze sein können oder die Stellung innerhalb der Szene sowieso professionelle Aussteigerhilfe nötig macht, die dann aber nicht angeboten werden kann, so kann der (Selbst-)Zweifel in zunehmender Radikalität münden, die auch im Rechtsterrorismus enden könnte. Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass sich Nazis immer als Opfer sehen. Alle sind gegen sie, „ihre Rasse“ und ihr Land. Sie fühlen sich von Feinden umzingelt und der demokratische Staat ist angeblich unfrei. Wie ihre, die rechte, Vorstellung von Freiheit aussieht, kann einem Kameraden oder der Kameradin schnell klar werden, wenn man sich in den falschen Menschen verliebt, der nicht in das volksdeutsche Weltbild passt. Da wird man schnell vor die Entscheidung gestellt „die oder wir?“ Da stellen die Betroffenen schnell fest, dass die Kameraden nämlich keine Kameraden mehr sind und dass das überhaupt nichts mit Freundschaft zu tun hat, sondern dass das irgendein aufgesetztes Gedankenmodell ist, dass man schlimmstenfalls mit dem Leben zu bezahlen hat, entscheidet man sich für die Liebe. Vor ein paar Jahren ist im Vorharz ein junger „Kamerad“ nur knapp dem Tod entkommen, weil er sich für das falsche Mädchen entschieden hat und seine „Kameraden“ das nicht akzeptieren konnten.

■ *Wie ist das Verhältnis von NPD, Kameradschaften und anderen Gruppierungen?*

Sicherlich gibt es auch Konkurrenzsituationen, aber verschiedene Gruppierungen arbeiten nicht nebeneinander her, sondern es gibt Überschneidungen, einmal in ihrer politischen Arbeit und teilweise auch in den Mitgliedschaften.

Es gab mehrmals Versuche, dass NPD und DVU (*Anm.: mittlerweile aufgelöste rechte Partei*) eine Volksunion gründen, was relativ schlecht geklappt hat. Wobei man auch sagen muss, dass die DVU eigentlich aus der Person des Millionärs Gerhard Frey bestanden hat und seine Abgeordneten an Tölpelhaftigkeit kaum zu überbieten waren. Da hat die NPD ein anderes Niveau erreicht, da gibt es zwar auch eine klare Führungsriege, die das Sagen hat und die Fäden in der Hand hält, aber die legen auch Wert darauf, ihre Vertreter zu schulen. Da gibt es extra Schulungen für NPD-Vertreter in Kommunalparlamenten, damit die sich in der Alltagspolitik zurechtfinden und nicht nur das Großdeutsche Reich einfordern. Bei der Zusammenarbeit von Parteien und freien Kräften geht es in der Hauptsache um NPD und freie Kameradschaften.

Die gebrauchen sich ganz praktisch gegenseitig. Die NPD nimmt gerne die Hilfe der freien Kameradschaften in Anspruch, um z.B. Veranstaltungen zu schützen, andererseits ist es so, dass freie Kameradschaften die NPD als Anmelder für

Veranstaltungen wie z.B. Demonstrationen oder Konzerte benutzen.

Eine Strategieüberlegung bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Partei und freien Kräften war die sogenannte Volksfront von rechts, in deren Verlauf sich die NPD auch öffentlich diesen Gruppierungen geöffnet hat. In diesem Zusammenhang hat z.B. Thorsten Heise das „Referat freie Kameradschaften“ im Bundesvorstand der NPD geleitet. Darüber hinaus sitzt er für die NPD im Eichsfelder Kreistag. Er war ehemaliger Funktionär der mittlerweile verbotenen FAP war und ist im Bereich der freien Kameradschaften aktiv, betreibt einen Versandhandel, ist Drahtzieher im Musikgeschäft und dem Schulhof-CD Projekt, Mitunterstützer von Großveranstaltungen, wie z.B. dem „Fest der Völker“, und sein Wohnsitz ist gleichzeitig Sitz des Nordland-Verlags. Nun ist Heise sicherlich eine bedeutende Figur in der rechten Szene, aber an ihm lassen sich exemplarisch für die Szene die verschiedenen Überschneidungen oder Gemeinsamkeiten belegen. Heise, der ja im Zuge der NSU-Ermittlungen wieder ins Licht der Ermittler geraten ist, gilt aber auch als ein Beispiel wie fahrlässig die Staatsanwaltschaft teilweise mit Verantwortlichen bzw. Drahtziehern der Szene umgeht, und so teilweise die Polizei verzweifeln lässt. Nicht umsonst wird Heise ja auch als Justizwunder bezeichnet, da er zwar oft, aber in der Regel milde verurteilt wurde.

Bezüglich der freien Szene lässt sich anmerken, dass sich diese in den letzten Jahren verändert hat. Bestand diese in den 80er Jahren und zur Wendezeit hauptsächlich aus Nazi-Skinheads, findest du dieses Erscheinungsbild immer weniger. Hier gibt es heute viele Anleihen in der rechten Szene an der linken Szene, daher auch die Bezeichnung autonome Nationalisten. Die haben sich in ihrer Organisationsstruktur explizit an der autonomen Bewegung orientiert, um es Behörden wie z.B. dem Verfassungsschutz schwerer zu machen, die Szene zu infiltrieren, da gibt es keine Parteilisten der Mitglieder. Obwohl im NPD-Umfeld schon seit vielen Jahren ein moderner rechter Lifestyle praktiziert wurde, hatte die NPD schon erhebliche Probleme mit diesem Erscheinungsbild, dass auch äußerlich nicht von den linken Autonomen zu unterscheiden ist. Dass auf einmal auf ihren Demos auch ein schwarzer Block auftauchte, der dort sehr offensiv, auch gegen die Polizei, agiert. Das dort Transparente im Graffiti-Style auftauchen, die sich ja sehr am amerikanischen Hip-Hop-Style orientieren, dass hat mit „reichsdeutscher“ Kultur wenig zu tun. Aber diese Szene hat sich durchgesetzt und ist mittlerweile etabliert, auch weil sie sehr aktiv ist und moderne Kommunikationswege wie das Internet sehr geschickt zu nutzen weiß. Die machen medienwirksame Aktionen, drehen darüber peppige Filmchen und verbreiten diese über das Internet. Als ein Beispiel kann man z.B. die „Abschiebär-Aktion“ von „Besseres Hannover“ benennen.

Das ist eine Bewegung, die auch im Westen sehr aktiv ist, mit regionalen Schwerpunkten wie z.B. dem Aachener Land oder dem Ruhrgebiet. Leider muss man auch wieder verstärkte Aktivitäten im Bereich der Fußballstadien feststellen,

gerade die autonomen Nationalisten versuchen, in die Ultra-Szene einzudringen, da nach ihrer Meinung diese Leute bereit sind viel Freizeit für Aktionen zu opfern, und sich von Kleidung und hierarchischer Organisationsstruktur nicht von den Nationalisten unterscheiden. Ansatzweise muss man hier leider Erfolge der rechten Szene feststellen. Es gibt Regionen, wo gerade die rechte autonome Szene sehr aktiv ist, da kann die NPD überhaupt nicht drauf verzichten, deshalb gibt es eine Art Burgfrieden und man arbeitet zusammen. Die autonomen Nationalisten propagieren durchaus auch den militanten Kampf, wie es in weiten Teilen der freien Kameradschaftsszene verbreitet ist, während die NPD offiziell, nach außen hin, sich als gewaltfreie demokratische Partei verkaufen möchte. Aber wenn man zum Beispiel Holger Apfel, den Bundesvorsitzenden der NPD betrachtet, so hat er als damaliger Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten deutlich gemacht, welch Geistes Kind sie wirklich sind. So hat er auf dem Landeskongress der JN 1998 einzig die Wehrmacht und die Waffen SS als Vorbild für die JN hervorgehoben. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass quer durch die rechte Szene der Umgang mit politischen Gegnern nicht friedlich und von Intoleranz gezeichnet ist.

■ *Was kannst du von deinen Erfahrungen her zur Situation in Göttingen sagen? Sind hier Rechte aktiv und in welcher Form findet das statt?*

Allgemein muss man sagen, dass die NPD zwar noch in zwei Landesparlamenten vertreten ist und über zweihundert Vertreter in Kommunalparlamenten hat, aber nicht wirklich eine politisch relevante Bewegung ist, die Einfluss auf die Gesellschaft oder die Gesetzgebung hat. Dennoch sehe ich durchaus die Gefahr, dass sich etwas ändern könnte, dass sie zumindest ihr Gedankengut weiter in die Gesellschaft hineintragen könnte.

Göttingen ist ein interessantes Beispiel. Aktuell liegt die Partei hier am Boden. Es gibt zwar einen Versandhandel und eine Handvoll Leute, die in der rechten Musikszene aktiv ist, aber innerhalb der Stadt ist die Szene bedeutungslos. Es gibt hier aber auch viele unterschiedliche Menschen, die politisch wach sind und einer drohenden Etablierung rechter Strukturen rechtzeitig entgegentreten. Es gibt hier ein vielfältiges Angebot für junge Menschen, ihr Leben und die Freizeit zu gestalten, es gibt hier ein breites erschwingliches kulturelles Angebot. Das halte ich für wichtig, um den Rechten erst gar nicht die Möglichkeit zu geben, ihr „alternatives“ Angebot den Menschen anzubieten. Die Tür wird ihnen sozusagen nicht geöffnet. Deswegen hat die NPD die Stadt Göttingen ja auch zur „Roten Frontstadt“ erklärt und eine Zeitlang versucht, hier regelmäßig Veranstaltungen bzw. Demos durchzuführen. Aber es wäre mal interessant, unter Göttinger Schüler/innen eine Umfrage über demokratisches Verhalten und Verinnerlichung

demokratischer Werte durchzuführen. Oder die Frage: Würdest du vorbehaltlos eine Freundschaft mit jüdischen Menschen eingehen? Es könnten zumindest im Ansatz teilweise bedenkliche Antwort kommen. Darüber hinaus wäre es ein Trugschluss zu glauben, Nazis würden ihre Anhänger nur aus den bildungsfernen Schichten der Gesellschaft rekrutieren. Es gibt durchaus genug Gymnasiasten, die dieses Gedankengut vertreten. Und es gibt Leute in der rechten Szene, die schreiben und geschickt agitieren können.

Ich glaube, es gibt verschiedene Gedankenansätze, die nicht so fern von rechten Gedankengut sind, die eventuell in der Gesellschaft noch verbreitet sind und unter Jugendlichen vielleicht sogar mit steigender Tendenz. Deshalb finde ich es um so wichtiger, dass verlorene Regionen nicht aufgegeben werden, sondern versucht wird, diese für die Demokratie und ihre Werte zurück zu erobern, dass tatsächlich vorhandene Probleme in unserer recht weltoffenen Gesellschaft offen und ehrlich behandelt werden. Es ist wichtig, gerade den jungen Menschen zu verdeutlichen, welche Werte und Stärken die Demokratie hat und was man innerhalb dieser machen und bewegen kann. Ich glaube tatsächlich, dass die demokratische Gesellschaft hier ziemlich fest verankert ist, aber dass vielen Leuten nicht bewusst ist, wie fest dieser westliche Lebensstil in ihnen verankert ist. Selbst vielen Nazis wird nicht wirklich bewusst sein, was es in letzter Konsequenz bedeuten würde, welche Veränderungen ein nationalsozialistischer Staat in ihrem eigenen Leben hervorrufen würde. Ich glaube nicht, mal im übertragenen Sinn gezeichnet, dass die alle ständig in kurzer Hose zur Marschmusik durch die Stadt marschieren wollen. Es ist ihnen gar nicht bewusst, dass, wenn sie ein bisschen abweichen würden von der rechten Norm, was sie für ein Problem in einer Nazi-Gesellschaft hätten. Die falsche Musik würde wahrscheinlich wieder in Moringen (ehem. Jugend-KZ) enden. Das wird vielen Rechten erst bewusst, wenn sie aus der Szene aussteigen wollen, dann klickert es bei einigen, was für eine Politik sie in den letzten Jahren eigentlich betrieben haben.

Ein anderes Problemfeld sind sicherlich einige Burschenschaften, die leider auch in unserer Stadt teilweise bedenkliche antidemokratische Tendenzen aufweisen. Einige dieser mindestens sehr national-konservativen Bünde, haben nicht nur Berührungängste überwunden, sondern sind rechtsoffen und es gibt in der ganzen Republik Burschenschaften, die mit Nazis und Holocaust-Leugnern zusammen Veranstaltungen machen. Ein Problem, das für unsere Gesellschaft sehr relevant sein könnte, da aus diesen Bünden Leute hervorgebracht werden, die in bedeutenden Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft landen und dort ihre Strukturen aufbauen oder verfestigen können.

■ Abschließendes Wort: Wir sind die Guten! Es lohnt sich verdammt noch mal unsere Demokratie, das Grundgesetz und die damit verbundenen Menschenrechte zu verteidigen!

Mit absoluter Sicherheit verteidigen wir damit auch ein wesentlich größeres Maß an Freiheit der Gesellschaft und jedes einzelnen von uns, als es uns die vermeintlichen Rebellen von Rechts auf ihren Hip-Hop-Plakaten vorgaukeln wollen.



Wie weit geht
Freie Meinungsäußerung

Rollen-
verständnis

Wandel
Tradition
Erziehung



Gender und Rechtsextremismus

In der Arbeit mit dem Thema Rechtsextremismus sind Genderaspekte von besonderer Bedeutung. Für männliche Jugendliche und Männer bietet die rechtsextreme Szene die Bestätigung eines hierarchisch-dominanten Männlichkeitsbildes, das den Einsatz von Gewalt gegenüber Andersdenkenden oder bestimmten Gruppen beinhaltet. In der politischen Bildungsarbeit sollte dieses Männlichkeitsbild immer thematisiert werden, weil es in der Gesellschaft, z.B. in der Mediendarstellung, viele Anschlussmöglichkeiten gibt. Es muss auch besprochen werden, welche Funktion diese Vorstellung von Männlichkeit hat und auf welche Bedürfnisse sie möglicherweise bei perspektivlosen oder in ihrer Identität verunsicherten Jugendlichen trifft.

In der rechtsextremen Szene sind aber zunehmend auch Frauen aktiv. Sie sollten nicht nur als „Anhängsel“ der Männer gesehen werden, weil viele auch eine aktive Rolle in der Szene übernehmen.

Um das zu illustrieren, werden im Folgenden wichtige Thesen aus der Veranstaltung mit Heike Radvan am 10.07.2012 im Ratsaal des Alten Rathauses vorgestellt. Die Veranstaltung hatte den Titel „**Rechtsextreme Mädchen und Frauen – Wahrnehmungsdefizite und Handlungsstrategien**“.

In der Veranstaltung ging Frau Radvan zunächst auf verschiedene Studien ein, in denen eine zunehmende Beteiligung von Frauen in rechten Parteien und Gruppierungen und eine zunehmende Gewaltbereitschaft festgestellt wurde.

Rechtsextreme Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung

Die Referentin wies darauf hin, dass der politische Hintergrund der Aktivitäten dieser Frauen oft unerkannt bleibe. Das Gefahren- und Gewaltpotential ihrer Aktivitäten werde oft übersehen, weil Frauen als friedfertiger gelten und es das Stereotyp der friedfertigen Frau gebe. Durch diese Verzerrung der Wahrnehmung würden Frauen mit ihren politischen Meinungen oft nicht wahrgenommen. Wenn Frauen eine Demonstration anmelden, würden sie ebenfalls erst einmal nicht als rechtsextreme Frauen wahrgenommen. Anders verhalte es sich, wenn ein Aufmarsch von einem bekannten Nazi angemeldet werde.

Als Beispiel für diese Verzerrung nannte Frau Radvan die öffentliche Debatte um den NSU (*Anmerkung: Nationalsozialistischer Untergrund – Rechtsextremistische*

Terrorgruppe, die über ein Jahrzehnt hinweg bis 2011 aus dem Untergrund ungehindert Morde begehen konnte). Neben den zwei männlichen Mitgliedern der Gruppe, die sich selbst umgebracht haben, gebe es als drittes Mitglied Beate Zschäpe, deren Rolle relativ breit in den Medien dargestellt werde – aber nur als „Freundin von“, in dem Fall von beiden Tätern. Im Vordergrund stehe nicht die politische Motivation oder die Gewalttätigkeit von Frau Zschäpe.

Frau Radvan machte das an einem Interview deutlich, das in den 90er Jahren in Thüringen mit drei Mädchen, darunter Beate Zschäpe, geführt wurde. Auf die Frage des Sozialarbeiters, was denn ihre Zukunftsvisionen seien, haben zwei der Mädchen erwartbare Berufsorientierungen genannt. Beate Zschäpe hat geantwortet: „*Erstmal müssen die Ausländer weg.*“

Nach Ansicht von Frau Radvan zeige das, dass Beate Zschäpe schon zu diesem Zeitpunkt ein relativ geschlossenes rassistisches Weltbild hatte.

Frau Radvan berichtete weiter von dem Phänomen von völkisch gesinnten Familien, das heißt rechtsextremen Familien, die in bestimmten Regionen, nicht nur in den neuen Bundesländern, siedeln.

In diesen Kommunen schickten diese rechtsextreme Familien ihre Kinder in die Kita und so seien Pädagoginnen / Pädagogen damit herausgefordert, im Elternbeirat oder in der Elternarbeit mit diesen (in den meisten Fällen) Müttern zu arbeiten, die rechtsextrem orientiert oder organisiert sind. Die Beratungsstelle, in der Frau Radvan arbeitet, erlebe viele Anfragen, wo es um die Frage gehe, wie sich eine Kita verhalten könne, wenn eine offensichtlich rechtsextrem organisierte Frau im Elternbeirat sitze.

Das Problem heute seien einerseits diese völkisch gesinnten Familien, in denen Mütter und Frauen mit ihrer Ideologie auf den ersten Blick nicht auffällig seien, und zweitens rechte Gruppierungen, die sehr strategisch vorgehen und sich zur Tarnung annäherten an linke Styles.

Rechtsextreme Frauen in sozialen Berufen

Nach Feststellung von Frau Radvan gebe es auch zunehmend rechtsextreme Frauen in sozialen Berufen. Die NPD habe in einem Aufruf sogenannte „nationale Mädels“, aufgefordert, in soziale Berufe zu gehen, also Sozialarbeit zu studieren oder Erzieherin zu werden.

Als Reaktion darauf sei eine Initiative von Lehrkräften und Professorinnen und Professoren an Universitäten und Fachhochschulen entstanden mit dem Ziel, darüber aufzuklären und das im Blick zu haben.

Es gebe aber in den letzten Jahren in der Praxis Fälle, bei denen rechte Frauen,

z.B. in Jugendeinrichtungen, als Mitarbeiterinnen, als Kolleginnen auftauchten. Diese agierten zunächst unauffällig und stellten eine Vertrauensbasis her. Wenn die politische Meinung dann herauskomme, gebe es oft schwierige Diskussionen darüber, ob es nicht doch möglich sei, mit der Kollegin weiter zu arbeiten, ob sie nicht vor der Türschwelle ihre Ideologie „ablegen“ könne.

Frau Radvan nannte als Beispiel eine Kita in Niedersachsen mit einer rechtsextremen Erzieherin. Die Pädagoginnen und Pädagogen waren in der Mehrheit dafür, weiter mit dieser Frau zusammen zu arbeiten, weil sie doch ihre Ideologie draußen lassen könne. Es ging aber um die Frau eines NPD-Abgeordneten in Schwerin, von der man sehr genau wisse, auf welchen Ebenen sie in rechtsextremen Gruppierungen aktiv sei. In dem Fall hätten sich die Eltern durchgesetzt, die nicht wollten, dass ihre Kinder von dieser Erzieherin betreut werden. Das zeige, wie sehr in der Praxis Fortbildungen, Sensibilisierung und Handlungsstrategien nötig seien.

Frauen in rechtsextremen Gruppen

Zu den Frauen in rechtsextremen Gruppierungen selbst berichtete Frau Radvan, dass dort eine Ausdifferenzierung von Rollen und Positionen rechter Frauen festzustellen sei. Frauen seien sogenannte Mitläuferinnen, die sich erst einmal unauffällig verhielten, aber Frauen träten auch als Führungsmitglieder in Parteien, Vereinigungen und Kameradschaften auf. Es gebe durchaus Kameradschaftsführerinnen, Abgeordnete in Kommunal- und Landtagsparlamenten oder Frauen, die Treffen und Aufmärsche organisierten. Andere Frauen betrieben einschlägige Läden oder Online-Versandhandel, aber auch Cafés und Kneipen. Frauen beteiligten sich stark in der Anti-Antifa (Anm.: Organisation der rechtsextremen Szene, die gezielt Informationen über politische Gegner sammelt, z.B. Fotos bei Demonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche). Dazu gebe es auch Frauen, die Musik machten, oder Autorinnen in der Jungen Freiheit (Anm.: Wochenzeitung mit Brückenfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus).

Frau Radvan stellte fest, dass rechtsextreme Mädchen, die sich in die rechte Szene hinein orientierten, eine große Bandbreite von Positionen und Rollen fänden, die sie einnehmen könnten. Die Szene mache eine gezielte Ansprache, auf einem Flyer heißt es: „*Nationalismus ist auch Mädchensache.*“

Zur Funktion von Frauen in der rechtsextremen Szene stellte Frau Radvan fest, dass diese in die Szene hineinwirkten und sie dort stärkten. Das konnte Frau Radvan anhand vieler Beispiele von Personen und Gruppen illustrieren. Die

Organisierung von Frauen in Frauengruppen in rechten Gruppierungen sei ein Zeichen einer generell erstarkten Rechten.

Abschließend verwies Frau Radvan auf die Sensibilisierung von Pädagoginnen und Pädagogen. Wenn pädagogische Arbeit mit Mädchen stattfindet, die sich in eine rechte Szene hinein orientieren, sei es wichtig, die verschiedenen Einstiegsmotive, die interessant und attraktiv an der rechten Szene für Mädchen seien, zu erkennen und zu hinterfragen.

Zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema verweisen wir auf die Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus“, die Beratung und Fortbildung zu diesen Themen, z.B. durch geschlechterreflektierende Ansätze, in der Jugendarbeit anbietet:

Kontakt: Amadeu Antonio Stiftung

Dr. Heike Radvan

Linienstraße 139

10115 Berlin

Tel: 030 - 240886 - 12

Fax: 030 - 240886 - 22

E-mail: heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de

www.gender-und-rechtsextremismus.de



Fazit und Ausblick

Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ und das Projekt „Göttinger Schülerinnen und Schüler für Demokratie und Toleranz haben eine wichtige Plattform geboten, um neben den Inhalten der Ausstellung auch wichtige Themen und Leitziele aus dem kommunalen Integrationskonzept hervorzuheben.

Ein Ziel war es dabei, insbesondere Schulen anzusprechen und über jugendgerechte Formen der Ansprache, wie dieses durch die Scouts erfolgt ist, für die Themen Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt sowie das Eintreten gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu sensibilisieren.

Die Unterstützung durch verschiedene Kooperationspartner, die Rückmeldungen aus dem gesellschaftlichen und politischen Raum und nicht zuletzt die registrierten Führungen und Besucherzahlen zeigen, dass viele die Auseinandersetzung mit diesen Themen begrüßt und genutzt haben.

Neben dem projektbegleitenden Unterricht haben Führungen durch die Ausstellung mit mehr als 600 Schüler/innen stattgefunden. Positiv ist festzustellen, dass alle Schulformen, von den Haupt- und Realschulen, über die Gymnasien, bis zu den Berufsbildenden Schulen, diese Führungen besucht haben, wobei die Gymnasien am stärksten vertreten waren. Ebenso wurden weitere selbst organisierte Führungen und viele interessierte Einzelbesucher registriert. Dabei hat sich die Präsenz der Ausstellung von gut drei Wochen durchaus positiv ausgewirkt.

Erfreulich war auch, dass die lokale Presse die Ausstellung frühzeitig angekündigt und die Veranstaltungen sowie das Rahmenprogramm unterstützend begleitet hat.

Entscheidend ist aber, welche Diskussionen und Prozesse bei den Menschen, vor allem an den Schulen, bei Jugendgruppen und in Jugendzentren, in den Familien und an anderen Orten in Gang gesetzt oder befördert wurden. Dieses lässt sich nicht mit Zahlen messen, kann im Idealfall aber Wirkung entfalten, indem sich Menschen mit Demokratie, Toleranz und Vielfalt beschäftigen und sensibel für Fremdenfeindlichkeit, Alltagsrassismus und Rechtsextremismus werden.

Festzustellen ist, dass sich unsere Gesellschaft in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen noch stärker interkulturell öffnen muss. Dieses setzt Empathie

und Selbstreflexion voraus, wichtige Eigenschaften, die auch für ein demokratisches Zusammenleben unerlässlich sind. Dabei gilt es, fremdenfeindlichem, diskriminierendem und jeder Art von rechtsextremem Verhalten entgegenzutreten. Entscheidend ist die eigene Haltung, um zu einem demokratischen Gemeinwesen beizutragen.

Ein positives Beispiel soll hier nicht unerwähnt bleiben. Dieses betrifft das Felix-Klein-Gymnasium (FKG) und geht zum Teil auf die Ausstellung zurück, denn dort haben eine ganze Reihe von Schüler/innen die Ausstellung als Scouts unterstützt. Aus diesem Kreis ist eine Initiative von Schülerseite entstanden, die jetzt für die Schule die Auszeichnung „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ anstrebt.

Damit würde sich das FKG als vierte Schule in der Stadt Göttingen diesem Schulnetzwerk anschließen und dafür eintreten, dass ethnische und religiöse Minderheiten respektiert und integriert werden und Vorurteile, Angst und Gewalt im Schulalltag keine Chance haben.

Wir möchten schließen mit einem Zitat, das die Ziele der Ausstellung, des Rahmenprogramms und dieser Broschüre sehr gut in unserem Sinne wiedergibt:

 *„In unserem Land, in meinem Land, muss sich jeder frei entfalten können, unabhängig von Nationalität, Migrationshintergrund, Hautfarbe, Religion, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Lasst uns nicht die Augen verschließen und so tun, als hätten wir dieses Ziel schon erreicht.“*

Semiya Simsek, Tochter eines Opfers der „Zwickauer Terrorzelle“, bei der zentralen Gedenkveranstaltung am 23. Februar 2012



Beirat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Berlin, 12./13. März 2012

Beschluss „Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt“

„In unserem Land, in meinem Land, muss sich jeder frei entfalten können, unabhängig von Nationalität, Migrationshintergrund, Hautfarbe, Religion, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Lasst uns nicht die Augen verschließen und so tun, als hätten wir dieses Ziel schon erreicht.“

Semiya Simsek, Tochter eines Opfers der „Zwickauer Terrorzelle“, bei der zentralen Gedenkveranstaltung am 23. Februar 2012

1. Entschlossene Aufklärung und effektivere Strafverfolgung

Nachdrückliche Beobachtung rechtsextremer, neonationalsozialistischer und rechtsterroristischer Strömungen und entschlossene Aufklärung und Verfolgung aus diesen Bereichen stammender Straftaten müssen eine Selbstverständlichkeit sein, denn sie sind eine Bedrohung für Staat, Gesellschaft und Demokratie. Es darf keine extremistischen Untergrundmilieus geben, denn die Unterstützer von gestern sind vielleicht die Täter von morgen. Ihnen muss mit allen Mitteln des Rechtsstaats begegnet werden. Wer unsere freie Gesellschaft bekämpft, darf keinerlei Unterstützung erhalten.

Etwaige Fehler und Nachlässigkeiten bei der Arbeit der Sicherheitsbehörden müssen aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wo die bestehenden Strukturen sich als ineffektiv erwiesen haben, müssen sie verbessert oder durch effektivere ersetzt werden. Mehr bundesstaatliche Koordinierung ist nötig, insbesondere darf der Informationsaustausch nicht durch Länder- oder Kompetenzgrenzen beeinträchtigt werden.

2. Umgang mit den Opfern

Es sollte in Deutschland Anlaufstellen zum Schutz und zur Hilfe von Opfern rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt geben. Opfer verbaler und psychischer Übergriffe und Angriffe sind vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, Obdachlose und Menschen mit Behinderungen. Die Anlaufstellen können ihre Wirkung aber nur entfalten, wenn sie bekannt und gut sind und jederzeit erreicht werden können. Innerhalb dieser Netzwerke

muss es Organisationen geben, die sich gezielt um Opfer rassistischer Gewalt kümmern. Wir sprechen uns dafür aus, die Erinnerung an rassistische und rechtsextreme Gewalttaten durch geeignete Formen des Gedenkens aufrecht zu erhalten wie zum Beispiel durch Gedenkort, Stiftungen.

3. Denken in Zuständigkeiten überwinden

Wir denken zu viel in Zuständigkeiten und zu wenig in Verantwortung. Wir benötigen gemeinsames Handeln von Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien und Politik, Kirchen und Religionsgemeinschaften von der europäischen Ebene bis zur lokalen. Es braucht nicht nur das Engagement der Sicherheitsbehörden, sondern es braucht eine dauerhafte, verlässliche Kooperation aller, die Verantwortung tragen können.

Kurz, es braucht die Bürgergesellschaft als ganze, uns alle also. Wir müssen die „*Das-geht-mich-nichts-an-Mentalität*“ überwinden, auch im Alltag. Wir müssen unsere Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft stärken.

4. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erkennen und bekämpfen

Es gibt ein Syndrom von Vorurteilen, das sich bündelt zu einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Das reicht von rassistischen Vorurteilen bis hin zu sozialer Aggressivität gegenüber Behinderten und Obdachlosen.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen eine Bedrohung für die Einwanderungsgesellschaft Deutschland dar. Es ist deshalb dringend notwendig, deren Bekämpfung und Prävention auch in die integrationspolitische Debatte (z.B. Nationaler Integrationsplan, Nationaler Aktionsplan Integration, Beirat etc.) einzubringen.

Bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit müssen Staat und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Kirchen und Religionsgesellschaften zusammenwirken, je nach ihrer besonderen Kompetenz.

Auch gezielte Aussteigerprogramme sind wirkungsvoll. Wir dürfen den Focus nicht nur auf Gewaltbereite legen, sondern müssen auch diejenigen bekämpfen, die Hassparolen verbreiten. Eine Verschärfung des § 130 StGB muss geprüft und, falls notwendig, zügig umgesetzt werden. Gegen Hassparolen, auch im Internet, muss entschiedener vorgegangen werden. Wer Hassparolen vom Ausland aus über das Internet verbreitet, dem muss mit den Möglichkeiten der nationalen und internationalen Strafverfolgung entgegengetreten werden. Gegebenenfalls müssen diese ausgebaut werden.

5. Politik und Medien tragen eine besondere Verantwortung

Die Politik steht in der Verantwortung, den Aktionsradius des organisierten Rechtsextremismus weiter einzuschränken und die Bürgergesellschaft in der Auseinandersetzung damit zu stärken. Politik und Medien können mit ihrem Verhalten dazu beitragen, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit insgesamt steigen oder sinken. Jedem einzelnen Politiker und jedem einzelnen Journalisten muss diese besondere Verantwortung täglich

bewusst sein. Die Medien müssen dazu beitragen, verständlich zu machen, dass es in der Einwanderungsgesellschaft darum geht, den alltäglichen Wandel als Normalität zu begreifen. Diese Normalität bedeutet möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (Inklusion). Medien sollen die Realität der Einwanderungsgesellschaft abbilden, die mehr aus positiven als aus negativen Beispielen besteht.

6. Demokratie muss schon in der Schule erlernt werden

Schüler, die von sich sagen, dass sie Partizipation erfahren haben und dass man sich in der Schule um sie kümmert, die also ein demokratisches Klima am eigenen Leib erfahren haben, neigen bei Befragungen nicht dazu, sich gewaltbereit zu äußern. Schüler, die dagegen sagen, dass ihre Stimme nicht gehört wird und dass sie sich in der Schule nicht gerecht behandelt fühlen, neigen eher zu Gewalt(-phantasien).

Eine gute Schule hilft, rechtsextremer Gewalt vorzubeugen. Wir brauchen frühes und durchgehendes Demokratielernen von klein auf, beginnend mit der frühkindlichen Erziehung: Es genügt nicht, die Verfassung nur im Unterricht zu behandeln. Es muss gelehrt und gelernt werden, die Verfassung im Alltag zu leben. Dazu gehört auch das Erlernen des Umgangs mit kultureller Vielfalt in Anerkennung und Respekt.

Das ist eine langfristige Aufgabe, für die nicht immer nur kurzfristige Mittel zur Verfügung stehen dürfen. Programme wie zum Beispiel *„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“* brauchen weiterhin Unterstützung.

7. Diskriminierung und Rassismus am Arbeitsplatz entgegenreten

Immer mehr Unternehmen erkennen inzwischen, wie wichtig eine kulturell vielfältige Belegschaft und ein respektvoller Umgang mit den Beschäftigten sind. Viele private und öffentliche Unternehmen verbessern über innerbetriebliche Maßnahmen die Teilhabechancen in Ausbildung und Beschäftigung und sind z.B. im Rahmen der Charta der Vielfalt oder in Branchenvereinbarungen entsprechende Verpflichtungen eingegangen. Gleichwohl zeigen verschiedene Untersuchungen sowie konkrete Beratungsfälle, dass Ungleichbehandlungen aufgrund der ethnischen Herkunft oder der Religion vorhanden sind. So sind die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zu einem Bewerbungsgespräch für eine Ausbildungsstelle eingeladen zu werden, auch bei gleichen Schulabschlüssen und Noten in mathematisch-technischen Fächern wesentlich geringer als die Chancen von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Wir erwarten, dass die Sozialpartner in die Betriebe hineinwirken mit dem Ziel, dass rassistische Äußerungen ernsthaft aufgegriffen und konsequent sanktioniert werden bis hin zur Kündigung. Alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber sind gefordert, gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerade hier auf reale Chancengleichheit hinzuar-

beiten. Dies kann auf die verschiedenste Weise geschehen, wie zum Beispiel (auch) durch Initiativen der Sozialpartner wie „Die Gelbe Hand“ und „Respekt“, die „Initiative Schule/Wirtschaft“ oder die Hervorhebung guter Beispiele durch die Verleihung des Deutschen Arbeitgeberpreises für Bildung sowie seitens der öffentlichen Hand, auf Bundesebene (beispielsweise „www.wir-sind-bund.de“) oder Landesebene (beispielsweise „*Berlin braucht Dich*“).

8. Kommunen tragen Verantwortung

Unsere Gesellschaft wird zusehends kulturell vielfältiger. In unseren großen Städten wird das Entstehen der Weltgesellschaft an jeder Ecke spürbar. Diese Entwicklung ist nicht ohne Reibungen und Konflikte denkbar; sie bedarf daher der politischen Aufmerksamkeit. Unterdrückte oder unbeachtete Konflikte pflegen sich zu rächen.

Wir müssen die Menschen zu Verantwortungsgemeinschaften zusammenführen. Und wir müssen die aktive politische Teilhabe von Einwanderern in den Kommunen stärken, damit diese sich als Teil solcher Verantwortungsgemeinschaften fühlen.

In Städten, in denen Moscheen gebaut werden, gibt es mitunter Konflikte. In manchen Städten werden diese Konflikte produktiv gelöst, in anderen eskaliert der Konflikt, zumal dann, wenn er gezielt geschürt wird. Die Qualität unserer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung hängt von der Qualität der lokalen demokratischen Kultur ab.

9. Früher und pro-aktiv handeln

Oft hinken wir in der politischen Diskussion den Ereignissen hinterher. Nur wenige denken voraus, schon gar nicht langfristig. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Herausforderung der Integration der Roma und anderer Minderheiten in Europa. So existieren zum Beispiel die Roma am Rand der Gesellschaften, in denen sie wohnen und überall begegnen sie Feindseligkeit und Vorurteilen. Zur Zeit beobachten wir in fast allen europäischen Städten eine Zuwanderung von Roma aus Südosteuropa. Diese wird noch steigen. Es braucht ein besonderes Augenmerk auf die lokale Situation und auf die europäische Dimension. Niemand fühlt sich zuständig, eine politische Antwort fehlt. Es muss vorausschauend gehandelt werden.

10. Mehr bundesstaatliche Koordinierung und Unterstützung

Integrationsaufgaben und Entwicklungen demokratischer Kultur und Abwehr einer Ideologie der Ungleichwertigkeit verlangen einen ganzheitlichen, zuständigkeitsübergreifenden Ansatz. Wir sollten über Förderinstrumente nachdenken, mit deren Hilfe ganzheitliches und langfristiges Handeln möglich ist. Die bisher entwickelten Instrumente reichen hier nicht aus. Insgesamt trocknen immer wieder gute Handlungsansätze aus, weil man in Aktionen und Projekten denkt und nicht in Strukturen, mit deren Hilfe man die Zusammenarbeit von staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln entwickeln und sichern kann.



Auswahlverzeichnis

Literatur der Stadtbibliothek für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, zusammengestellt in einem Flyer zur Ausstellung

Bilderbücher und Kinderbücher

Wie ich Papa die Angst vor Fremden nahm. Von Rafik Schami u. Ole Könnecke. (2003) Ausgerechnet der kluge, große und starke Papa hat Angst vor Fremden. Seine kleine Tochter versucht mit ihren ganz eigenen Tricks, ihn davon zu befreien. Ab 4.

Einer für alle, alle für einen! Von Brigitte Weninger u. Eve Tharlet. (2008) Mäusejunge Max, Maulwurf Molli, Fido Frosch, Anni Amsel und Ivan Igel haben jeweils eine besondere Fähigkeit. Sie werden Freunde, denn zusammen sind sie stark und können füreinander eintreten. Ab 3.

Çelik, Aygen-Sibel: Alle gegen Esra. (2010) Das türkische Mädchen Esra wird von ihren Mitschülern gemobbt, denn sie nimmt nicht am Sportunterricht teil und fährt nicht mit auf Klassenfahrten. Doch der Grund dafür ist nicht der, den man erwartet ... Ab 8.

Aus der Reihe „Alle Kinder dieser Welt“, z.B.

- Huda bekommt ein Brüderchen
- Lena feiert Pessach mit Alma
- Levent und das Zuckerfest
- Lili und das chinesische Frühlingsfest
- Sascha und sein neues Zuhause
- Yuki kommt aus Japan

Jugendbücher und Romane

Rhue, Morton: Die Welle. Bericht über einen Unterrichtsversuch, der zu weit ging. (2011) Ein Unterrichtsexperiment an einer US-High-School erprobt, ob auch heute noch Faschismus wie zur Zeit des Nationalsozialismus möglich ist. Bald gerät das Experiment außer Kontrolle. (Auch als Roman zum Kinofilm, Graphic-Novel, Hörbuch, Hörspiel und DVD.)

Linker, Christian: Das Heldenprojekt. (2005) Als die forsche Marie bei der Dichtergruppe „Das Projekt“ einsteigt, überzeugt sie die Freunde schnell davon, endlich einmal was „Richtiges“ zu tun. So beginnen sie nachts Wahlplakate einer rechtsradikalen Partei zu überkleben. Ab 13.

Hartmann, Luisa: Na und, dann sind die eben rechts! (2009) Kristin empfindet ihre Situation zuhause als unbefriedigend und einengend. Als sie Carl kennenlernt, der um sie wirbt und in den sie sich verliebt, scheint sich ihr Alltag aufzuheben. Aber Carl ist überzeugter Neonazi. Ab 13.

Ben Jelloun, Tahar: Papa, was ist ein Fremder? Gespräch mit meiner Tochter. (2008) Im Gespräch mit seiner 10jährigen Tochter Mériem erklärt der aus Marokko stammende, in Paris lebende Autor, wie Fremdenhass und Diskriminierung entstehen und wozu sie führen.

Sachbücher

Fromm, Rainer: Schwarze Geister, neue Nazis. Jugendliche im Visier totalitärer Bewegungen. (2008) Dokumente zur Geschichte, „Ideologie“, Symbolik, den spezifischen Musik- und Kleidungsstilen und Aktivitäten der „schwarzen“ Jugendszene.

Müller, Yves: Gegen Nazis sowieso. Lokale Strategien gegen rechts. (2012) Materialband für die kommunalpolitische Arbeit gegen rechte Gruppierungen.

Marneros, Andreas: Blinde Gewalt. Rechtsradikale Gewalttäter und ihre zufälligen Opfer. (2005) Kriminologische Psychogramme über die rechtsradikalen Jugendlichen und ihre Opfer.

Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus; was man wissen muss, und wie man sich wehren kann. (2009) Überblick über den aktuellen Rechtsextremismus mit beispielhaften Initiativen, Handlungsmöglichkeiten und Tipps für den Umgang mit dem Rechtsextremismus.

Kraske, Michael: ... und morgen das ganze Land. Neue Nazis, „befreite Zonen“ und die tägliche Angst ; ein Insiderbericht. (2007) Anhand von Einzelfällen stellen die Autoren dar, wie alarmierend weit die Rechtsextremen in unserer Gesellschaft schon gekommen sind

Wenn Kinder rechtsextrem werden. Mütter erzählen. (2008) Eltern erzählen vom Abdriften ihrer Kinder in den Rechtsextremismus und von ihren Bemühungen, ihre Kinder aus diesem Umfeld zu lösen.

Gensing, Patrick: Angriff von rechts. Die Strategien der Neonazis – und was man dagegen tun kann. (2009) Analyse der internen Struktur der NPD, ihrer Ziele und Vorgehensweisen.

Blaschke, Ronny: Angriff von Rechtsaußen. Wie Neonazis den Fußball missbrauchen. (2011) Die Fußballstadien als Rekrutierungsorte für Rechtsextremisten.

Frank, Anne: Tagebuch. Das Tagebuch, das Anne Frank in ihrem Amsterdamer Versteck schrieb, gilt als eines der eindringlichsten Dokumente der Judenverfolgung. (Auch als Hörbuch und DVD)

Handbuch Rechtsradikalismus. Personen, Organisationen, Netzwerke; vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. (2002)

Lanig, Jonas: „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt. (2003) Argumentationshilfen gegen rechtsextreme Propaganda über Ausländer.

Redaktion: Fachdienst Stadtbibliothek

Stadtbibliothek Göttingen

Gotmarstraße 8, 37073 Göttingen

E-Mail: stabigoe@goettingen.de

<http://stadtbibliothek.goettingen.de>

Weitere Literatur

Es gibt eine große Auswahl an Fachliteratur zum Thema sowie sehr gute Unterrichtsmaterialien und kostenlose Informationsbroschüren über das Internet. Die hier getroffene Auswahl kann und soll deshalb nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration – Analyse bestehender Forschungsstände, Expertise des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI). (2012)

Beirat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Beschluss „Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremem Gewalt“. (2012)

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V. (Hrsg.): Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit. 3. teilweise überarbeitete Auflage. (2008)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt: Zertreten Erschlagen Erstochen. (2012)

Forum Menschenrechte: Rassistische Diskriminierung in Deutschland unterbinden. Parallelbericht an den UN-Antirassismusausschuss zum 16.-18. Bericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung. (2008)

Friedrich-Ebert-Stiftung: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. (2012)

Friedrich-Ebert-Stiftung: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. (2008)

Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. (2006)

Institut für Migrations- u. Rassismusforschung Hamburg: European Network against Racism (ENAR) Shadow Report 2009-2010, Rassismus und Diskriminierung in Deutschland. (2011)

Langenbacher, Nora / Molthagen, Dietmar: Rechtsextremismus? Nicht mit mir! Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, 6. Auflage. (2012)

Molthagen, Dietmar / Korgel, Lorenz (Hg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin. (2009)

**Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport,
- Verfassungsschutz -: Handlungsempfehlungen für Kommunen zum Umgang mit Rechtsextremismus.** (2012)

Radvan, Heike: Gender & Rechtsextremismusprävention.
Metropol Verlag. (2013)

Seidel, Eberhard / Kleff, Sanem: Klimawandel in der Schule. Das Courage-Netzwerk. (2013)

Sow, Noah: Deutschland Schwarz Weiß – Der alltägliche Rassismus.
C. Bertelmann Verlag. (2008)

Wergin, Anne-Rose: Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag. Handreichung für Kindertagesstätten im Umgang mit Rechtsextremismus. Herausgegeben von der Amadeu Antonio Stiftung. (2011)



Weiterführende Internetadressen, Programme und Kampagnen im Netz

Friedrich-Ebert-Stiftung:

www.fes.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

www.antidiskriminierungsstelle.de

www.netzwerk-gegen-diskriminierung.de

Antonio-Amadeu-Stiftung

www.amadeu-antonio-stiftung.de

Bremer Initiative von Jugendlichen in Kooperation mit der Bildungsstätte LidiceHaus und dem ServiceBureau für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit als Plattform gegen rechtes Gedankengut

www.jugendinfo-gegen-rechts.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT)

www.buendnis-toleranz.de

Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

www.schule-ohne-rassismus.org

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

Bundeszentrale für politische Bildung

www.bpb.de

Demokratieprogramme der Bundesregierung

www.wir-fuer-demokratie.de

DGB Bildungswerk

www.vielfalt-mediathek.de

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit

www.baustein.dgb-bwt.de

Fachstelle Gender und Rechtsextremismus

www.gender-und-rechtsextremismus.de

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.

Gesicht Zeigen! ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Gewalt

www.gesichtzeigen.de

Göttinger Institut für Demokratieforschung

www.kinder-demokratie.de

Heinrich Böll Stiftung

Migration – Integration – Diversity

www.migration-boell.de

Kampagne „Sport und Politik – verein(t) gegen Rechtsextremismus!“

www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de

Landesjugendring Niedersachsen e.V.

www.ljr.de

Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR)

Prävention von Rechtsextremismus

www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/praevention-von-rechtsextremismus

„Laut gegen Nazis e.V.“

Bundesweite Kampagne gegen Rechtsextremismus

www.lautgegnazis.de/

Mut gegen rechte Gewalt

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

„Netz gegen Nazis“

Ein Projekt der Antonio-Amadeu-Stiftung in Kooperation mit der Wochenzeitung Die Zeit und anderen Partnern

www.netz-gegen-nazis.de

Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

www.lpr.niedersachsen.de/tfks

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes

10 Spots gegen Rechts

www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/rechtsextremismus/kreativwettbewerb.tml

Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus

www.biknetz.de



Ansprechpartner/innen in der Stadt Göttingen

An wen kann ich mich in Göttingen wenden, wenn ich rassistische oder rechtsextreme Äußerungen an meiner Schule, in meinem Betrieb, im Jugendzentrum, in der Ausbildung, im Bekanntenkreis oder auf der Straße mitbekomme?

Mögliche Stellen sind:

Antidiskriminierungs- u. Beratungsstelle des Integrationsrates Göttingen

Neues Rathaus Göttingen
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Tel: 0551 - 400 - 2599
E-Mail: integrationsrat@goettingen.de

Büro für Integration der Stadt Göttingen

Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Tel: 0551 - 400 - 2782
Fax: 0551 - 400 - 2832
E-Mail: integration@goettingen.de

DGB-Region Südniedersachsen

Weender Landstr. 6
37073 Göttingen
Tel: 0551 - 44097
Fax: 0551 - 486382
E-Mail: goettingen@dgb.de

Frauenbüro der Stadt Göttingen

Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Tel: 0551 - 400 - 3305
Fax: 0551 - 400 - 2887
E-Mail: frauenbuero@goettingen.de

Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V.

Geismar Landstr. 19
37083 Göttingen
Tel: 0551 - 58894
E-Mail: akasyldash@emdash.org

Jugendhilfe Göttingen e.V.

Untere Karspüle 4
37073 Göttingen
Tel: 0551 - 7079419
Fax: 0551 - 7079418

Polizeiinspektion Göttingen Präventionsteam

Beauftragte für Jugendsachen, Margret Reinecke
Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel: 0551 - 491 - 2008
E-Mail: margret.reinecke@polizei.niedersachsen.de

Präventionsrat Stadt Göttingen

Stadt Göttingen, Fachbereich Jugend, Claudia Wittenstein
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Tel: 0551 - 400 - 2901
E-Mail: c.wittenstein@goettingen.de

Stadtjugendring Göttingen

Düstere Straße 20
37073 Göttingen
Tel: 0551 - 8207765
E-Mail: info@sjrg.de

*sowie Vertrauenslehrer/innen an den Schulen bzw. Schulleitungen
und*

*die Pädagoginnen und Pädagogen in Jugendzentren und Jugendhäusern:
Informationen über die Einrichtungen unter www.jugendarbeit.goettingen.de*

 *In Göttingen gibt es zudem eine ganze Reihe von Aktivitäten und Gruppen, die, neben anderem, zu den Themen dieser Broschüre arbeiten.*

Als Beispiele seien hier nur das Göttinger Festival gegen Rassismus vom Juni letzten Jahres, welches vom AStA der Universität Göttingen auch für 2013 geplant wird, sowie die internationalen Wochen gegen Rassismus genannt, an denen sich im März 2013 die BBS III Ritterplan und die VHS Göttingen beteiligt haben.



Impressum:

Herausgeber: Der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen

Redaktion: Renate Kornhardt, Büro für Integration der Stadt Göttingen,
Wolfgang Muhs, Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung, ibbw

Bildnachweis: Büro für Integration der Stadt Göttingen

Auflage: 0.7; Juni 2013



**Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Integration**